Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Auf dem Weg zu einem neuen CDU-Grundsatzprogramm

Kommentare und Anmerkungen der EAK-Grundsatzkommission

INHALT

Vorwort 6

des Vorsitzenden der EAK-Grundsatzkommission
Dieter Hackler

Einleitung 7

des stellvertretenden Vorsitzenden der EAK-Grundsatzkommission
Prof. Dr. Wolfgang Merbach

Kommentar zu I: „Die Werte, die Wir teilen“ 10

Dieter Hackler

Kommentar zu II: „Der Zusammenhalt, den WIR stiften“ 11

Christian Meißner, Sybille Möller-Fiedler

Kommentar zu III: „Der Staat, der WIR alle sind“ 13

Sybille Möller-Fiedler

Kommentar zu IV: „Den neuen Wohlstand, den Wir schaffen wollen“ 14

Dr. Maximilian Willner, Wolfgang Reeder, Kurt Müller

Kommentar zu V: „Der Fortschritt, den WIR wollen“ 16

Melanie Liebscher

Kommentar zu VI: „Die Welt, in der Wir leben“ 17

Dr. Ulrich Pohlmann, Friedemann Schwarzmeier

Kommentar zu VII: „Die Partei, die Wir sein werden“ 18

Elke Middendorf, Henning Aretz

ENTWURF DES NEUEN CDU-GRUNDSATZPROGRAMMS (2020) 19

Vorwort und Einleitung

Vorwort

des Vorsitzenden der EAK-Grundsatzkommission
Dieter Hackler

Das Grundsatzprogramm unserer CDU ist vergleichbar mit der DNA des Menschen. Es offenbart den Leserinnen und Lesern die Identität der Partei. Es gibt Einblick in das Selbstverständnis und das Politikverständnis unserer Partei und ihrer Mitglieder. Es beschreibt die Grundwerte und Grundhaltungen unserer CDU und ihrer Mitglieder genauso wie die sie tragenden Prinzipien und Überzeugungen und die daraus abzuleitenden politischen Ziele und Schwerpunkte zur verantwortlichen politischen Gestaltung von Gegenwart und Zukunft von Staat und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland in Europa und der Welt im 21. Jahrhundert.

Unser Grundsatzprogramm hält fest, was die Mitglieder verbindet, wofür sie einstehen und was sie auszeichnet. Es zeigt auf, worauf sich die Mitglieder grundsätzlich verständigt haben, worauf man sich als Bürgerin und Bürger verlassen und was erwarten kann, wenn man Vertreterinnen und Vertreter unserer Partei anspricht und/oder sie sogar wählt. Es enthält die Grundlagen, das Fundament der Partei. Was das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland festhält, das hält das Grundsatzprogramm für die CDU fest.

Fast drei Jahrzehnte konnte die CDU Deutschlands auf ein Grundsatzprogramm verzichten, weil Sie auch ohne ein solches Grundsatzprogramm aufgrund der historischen Situation, aufgrund der übernommenen Regierungsverantwortung sofort nach den Schrecken des 2. Weltkrieges und dem Ende des Naziterrors und aufgrund des Selbstverständnisses der Partei – nämlich aus christlicher Verantwortung für Frieden und Freiheit zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land einzutreten – die Politik unseres Landes prägte.

Erst in den 70er-Jahren des vorigen Jahrhunderts, als unsere Partei in der Opposition war, wurde deutlich, dass angesichts der wachsenden Zahl der neuen Mitglieder ein verbindendes und verbindliches Fundament geschaffen werden musste. Es ging nicht mehr primär um den Aufbau unserer parlamentarischen Demokratie, unseres emokratischen Rechts- und Sozialstaat, sondern um die moderne Ausgestaltung unseres Staatswesens und unserer Gesellschaft eingebettet in ein vereintes Europa. Aber es ging auch um eine Öffnung der Partei in die Mitte der Gesellschaft zu einer mitgliederstarken und aktiven Volkspartei, die sich neuen Herausforderungen stellt.

Was bis dahin einfach selbstverständlich war, dass der gemeinsame christliche Glaube von römisch-katholischen und evangelischen Christen und die daraus erwachsende Verantwortung für Freiheit und Frieden, die Union ausmachte, in der sich Liberale, Konservative und Soziale gemeinsam der politischen Verantwortung für Staat und Gesellschaft stellten, das sollte nun erkennbar und nachhaltig festgehalten werden. Darum wurde im Grundsatzprogramm von 1978 das „C“ das „Christliche“ als der strahlende und verbindende Markenkern der Union als erstes prominent festgeschrieben. In den Programmen von 1994 nach der deutschen Einheit und 2007 wurde diese Identität mit dem christlichen Bild vom Menschen als Grundlage der Politik der CDU fortentwickelt und festgeschrieben.

Genau betrachtet gibt es bis heute nur ein Grundsatzprogramm der CDU, das zwar fortgeschrieben, weiterentwickelt und auch an die historischen und gesellschaftlichen Entwicklungen angepasst wurde. Ein „Neues“ Grundsatzprogramm kann es in dem wahren Sinn des Wortes „neu“ natürlich nicht geben, es sei denn, man wollte die Grundlagen der Partei, das Fundament verändern. Das will keiner und keine in der CDU. Auf die weitere Fortschreibung und Fortentwicklung unseres Grundsatzprogramms sind wir gespannt und wirken als Christen im Evangelischen Arbeitskreis selbstverständlich aus tiefer Überzeugung gern daran mit.

Entsprechend hat die seit 2007 bestehende Grundsatzkommission des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) im Auftrag des EAK-Bundesvorstandes Vorschläge und Anregungen für die Überarbeitung des Grundsatzprogramms der CDU im Zusammenhang mit dem Entwurfspapier der CDU von 2020 erarbeitet und vorgelegt. Dabei haben wir uns an den Kapitelüberschriften des Entwurfspapiers ausgerichtet.

Grundsätzlich regen wir an, das Grundsatzprogramm von 2007 in der vorliegenden Form an die neuen Herausforderungen und Aufgabenstellungen anzupassen und auch dessen sprachliche Gestaltung fortzuführen. Anlässlich unserer 53. EAK-Bundestagung legen wir dem Bundesvorstand der CDU und den Mitgliedern unserer Partei unsere Stellungnahme zur Diskussion und Beachtung vor.

Berlin, Mai 2021

Einleitung

des stellvertretenden Vorsitzenden der EAK-Grundsatzkommission
Prof. Dr. Wolfgang Merbach

Nach dem Verständnis des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) sollte ein CDU-Grundsatzprogramm folgendes beinhalten:

1. Die Formulierung der ethischen Wertevorstellungen aus christlicher Verantwortung als Grundlage für das Programm

2. Klare und eindeutige Formulierung der daraus ableitbaren Grundsätze und der darauf basierenden politischen Absichten.

Diesen Anspruch sehen die Autoren des Entwurfs offensichtlich als erfüllt an, wenn sie in Kapitel VII (Zeilen 1297–1299) schreiben: **„ … haben wir das Wertvollste aufgeschrieben, das wir Christdemokraten besitzen und unserem Land geben können: unsere Grundsätze“** (Ende des Zitats).

Nach Auffassung des EAK ist das eindeutig nicht der Fall.

Zunächst (vgl. auch Kapitel I, Zeilen 1–166) lässt sich kein überzeugender Werteansatz (schon gar nicht aus christlicher Prägung) erkennen, sondern sich vielfach wiederholende „Allgemeinplätze“, die zur Beliebigkeit tendieren. Diffuse Hinweise (noch dazu an sehr unterschiedlichen Stellen) auf das christliche Menschenbild, das Grundgesetz, die christlich-jüdische Traditionen, die Aufklärung oder den Humanismus genügen hier nicht (vgl. hier auch Zeilen 306–316 in Kapitel II). Das bedeutet einen Bruch der programmatischen Tradition eines auf dem christlichen Menschenbild beruhenden Politikverständnisses der CDU und sollte daher unbedingt korrigiert, dabei vielleicht auch auf das Grundsatzprogramm von 2007 zurückgegriffen werden.

Weiterhin ist ein schlüssiges Familienleitbild nicht erkennbar (siehe ab Zeile 183). Am ehesten könnte man herauslesen, dass es sich um ein „jahrzehntelanges Gemeinschaftsprojekt“ handelt. Alles andere ist offenbar beliebig. Aus der Sicht des EAK muss die Ehe als primäres, Unterstützung verdienendes Leitbild herausgestellt werden, ohne andere Lebensformen zu diskriminieren.

Der Programmentwurf trägt in weiten Teilen (vielleicht mit Ausnahme des Kapitels VI, Zeilen 1033 bis 1294 oder der Ethik bei der künstlichen Intelligenz, Seiten 34/35) eher den Charakter eines Appells/einer Deklaration, in der in teilweise blumiger Sprache dargestellt wird, wie „Wir“ (angeblich) „sind“, obwohl eigentlich gemeint ist, wie wir nach Meinung der Verfasser sein sollten. Viele Passagen dürften für unsere potenziellen Wähler eher irritierend wirken. Streckenweise kommt man sich vor wie in einer Erzählstunde für kleinere Kinder oder einer Selbstfindungsrunde! Als Belege für diese Einschätzung sollen hier nur wenige Beispiele aufgeführt werden. Da heißt es z. B.: „Sie“ (die Wirtschaft) „schneidet uns die Haare und backt unsere Brötchen… die Brille auf unserer Nase und die Armbanduhr, der Rock und die Hose (Zeilen 592 bis 594) oder „Unsere Heimat ist Jogginghose und Abendgarderobe, Streichkonzert und Stammtisch, Seniorenheim, Elterninitiative und Jugendclub.“ (Zeilen 1309–1311) bzw. „die Liebe zu einem Made in Germany der anderen Art“, „Made in Germany ist die Sandburg, die das Enkelkind im Sommer am sauberen Ostseestrand vor den Augen seiner Großeltern baut, und der Schneemann im Winterurlaub. Made in Germany ist der Acker, der im Frühjahr grünt und blüht und duftet, der Salatkopf vom Bauern aus der Region.“ (Zeilen 785 ff.). Solche Beispiele ließen sich beliebig fortsetzen, sollen aber hier nicht weiter betrachtet werden.

Der Entwurf krankt unseres Erachtens schließlich auch daran, dass die Autoren (sozusagen aus der Sicht des Beobachters) Zustände (wie sind wir) bzw. Wünschenswertes beschreibt, statt klare Aussagen zu treffen, was und wie wir etwas bewegen wollen.

Streng genommen sollte der Entwurf völlig neu geschrieben oder (besser noch) das Grundsatzprogramm von 2007 durch Ergänzungen auf den aktuellen Stand gebracht werden.

Im Interesse der konstruktiven Mitarbeit haben wir im EAK-Bundesvorstand aber entschieden, den Autoren Anregungen zur Verbesserung des Entwurfs auf den Weg zu geben, was nachfolgend exemplarisch geschieht, ohne einen Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben.

Kommentare

Kommentar zu I: „Die Werte, die Wir teilen“

Dieter Hackler

Die Empfehlung der EAK-Grundsatzkommission zu diesem Kapitel ist eindeutig: Unsere Grundüberzeugungen, Grundwerte und Grundlagen lassen sich kaum besser beschreiben als dies im Grundsatzprogramm 2007 geschehen ist. Die Klarheit der Sprache lässt keine Wünsche offen. Alles Wesentliche wird auf den Punkt gebracht. Deshalb sollte der Abschnitt „Wer wir sind – Menschenbild und Grundwerte der CDU“ in den Ziffern 1–26 aus dem aktuellen Grundsatzprogramm unbedingt unverändert übernommen werden. Wenn sich diese Empfehlung als nicht umsetzbar erweist, muss aber der Gehalt zumindest übernommen werden. Das heißt:

Es muss beschrieben werden, was evangelische und römisch-katholische Christen und auch die Nichtmitglieder einer christlichen Kirche in unserer Partei verbindet. Das C ist die Grundlage unserer Union, in der liberale, soziale und konservative Menschen eben als Union zusammengefunden haben und Heimat haben – gerade nach dem Schrecken und dem Leid des 2. Weltkriegs und dem menschenverachtenden Naziterror in Deutschland.

1. Das Christliche Bild vom Menschen

Das christliche Bild vom Menschen ist unsere Grundlage für eine zukunftsgerichtete und vor allem verantwortliche Politik im Interesse der Menschen in unserem Land. Es mahnt und erinnert uns an unsere Verantwortung vor Gott und ruft zugleich unsere Fehlerhaftigkeit, unsere menschliche Unzulänglichkeit ins Bewusstsein. Jeder Mensch ist eben Irrtum und Schuld ausgesetzt. So bewahrt es uns vor Ideologisierung und Selbstüberschätzung und einem totalitären Politikverständnis.

Das christliche Bild vom Menschen schafft die Bereitschaft zur Versöhnung. Es richtet unseren Blick zentral auf die unantastbare Würde des Menschen als Gottes Geschöpf, jedes Bürgers und jeder Bürgerin in unserem Staat, für die wir Verantwortung übernehmen und in deren Auftrag wir Politik machen. Wir sehen den Menschen als Gottesebenbild und als Teil der Schöpfung Gottes. Auch mit ihr haben wir sorgsam umzugehen. Nachhaltigkeit ist das Thema, damit wir die Ressourcen für nachfolgende Generationen erhalten.

Die geistigen und politischen Wurzeln unserer CDU liegen in der Sozialethik der christlichen Kirchen, in der liberalen Tradition der Aufklärung und in der wertkonservativen Pflege von Bindungen und dem Wissen darum, dass der Staat nicht allmächtig sein darf. Zu diesen Wurzeln gehört ganz wesentlich der christlich und patriotisch motiviere Widerstand gegen den Nationalsozialismus.

Die CDU hat die entscheidenden Weichenstellungen in der Geschichte der Bundesrepublik auf dieser Grundüberzeugung und Grundhaltung vorgenommen. Wir haben unser Land entscheidend gestaltet von der Westbindung angefangen, über den Aufbau der Sozialen Marktwirtschaft und ihrer Ausgestaltung mit den hervorragenden sozialen Sicherungssystemen, über die Deutsche Einheit und die Gestaltung der Europäischen Union bis hin zur Überwindung der Finanzkrise.

2. Unsere Grundwerte: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität

Es ist die besondere Aufgabe der CDU, diese geistigen Grundlagen, die keineswegs selbstverständlich sind, als Selbstverpflichtung zu bewahren und zu stärken. Aus diesen Grundlagen leiten sich unsere Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität ab. Sie erfordern und begrenzen einander. Sie sind gleichrangig.

In Freiheit kann der Mensch sich mit seinen Möglichkeiten entfalten und entwickeln, auch zum Wohl der Gemeinschaft. Die Freiheit des anderen begrenzt die eigene Freiheit. Freiheit umfasst Rechte und Pflichten. Unsere Aufgabe ist, den Freiraum zu sichern, aber die Menschen auch für diese Freiheit in die Pflicht zu nehmen und Beteiligung zu ermöglichen.

Der Mensch ist als soziales Wesen auf Gemeinschaft ausgerichtet. Er soll sich in der Gemeinschaft entfalten können. Recht ist erforderlich, um die Freiheit zu sichern, um ein geordnetes Miteinander zu organisieren. Ohne Gerechtigkeit ist Freiheit für uns nicht denkbar. Die Verwirklichung der Freiheit ist ebenso auf Gerechtigkeit angewiesen. Recht und Gerechtigkeit schützen vor Machtmissbrauch und Willkür.

Solidarität erwächst aus dem Gebot der Nächstenliebe. Sie gestaltet ein fürsorgliches und mitverantwortliches, ein befähigendes Miteinander in der Gesellschaft. Wir haben das Recht auf Solidarität, aber auch die Verpflichtung zur Solidarität. Unsere sozialen Sicherungssysteme sind Ausdruck der Verpflichtung zur Solidarität. Solidarität gilt auch im Blick auf die nachfolgenden Generationen. Unser politisches Handeln ist daher auch auf Generationengerechtigkeit anzulegen und immer wieder zu überprüfen.

Wir haben das gesellschaftliche Leben nach dem Grundsatz der Subsidiarität zu gestalten. Staat und Kommune sollen Aufgaben nur übernehmen, wenn sie der einzelne Bürger oder die einzelne Bürgerin oder die jeweilige Gemeinschaft nicht erfüllen kann.

3. Fazit zu I.

Das sind aus unserer Sicht unverzichtbare Kernaussagen für ein überarbeitetes Grundsatzprogramm der CDU unter der Überschrift „Werte, die Wir teilen“. Das christliche Bild vom Menschen muss ausführlich erläutert und die Grundwerte der CDU müssen ebenso ausgeführt werden. Denn daraus leiten wir unsere Politik ab. Auch diese Überschrift würden wir lieber treffender formulieren: „Grundlagen, Grundüberzeugungen und Werte, die Christdemokratinnen und Christdemokraten verbinden, prägen, auszeichnen und antreiben“.

Kommentar zu II: „Der Zusammenhalt, den WIR stiften“

Christian Meißner, Sybille Möller-Fiedler

Zusammenhalt kann weder vom Staat verordnet noch vom Einzelnen allein gewährleistet werden. Es bedarf hierzu über den privaten Bereich hinausgehender Institutionen, die sich für das Gemeinwohl einsetzen, die Menschen zusammenführen, Orientierung und Halt geben und damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. In Vereinen und Organisationen setzen sich Menschen ehrenamtlich für Andere, für Kunst und Kultur oder für die Umwelt ein. Dieser Einsatz beispielsweise in Hilfsdiensten, in Kirchen und Religionsgemeinschaften, im Sport, in Kultur und Umweltschutz leistet unverzichtbare Beiträge zum gesellschaftlichen Zusammenhalt. Dies verdient Anerkennung, Wertschätzung und Förderung.

Auch dieser Teil des Programmentwurfes (Ziff. 167–355) bietet in der vorliegenden Gestalt keine hinreichende begrifflich fundierte Rechenschaftsabgabe über die spezifischen Inhalte christlich-demokratischer Programmatik:

- Dieser Teil ist über weite Strecken von einer rein emotionalen (bisweilen geradezu lyrisch-kitschigen) und allgemeinen Sprache und Begrifflichkeit geprägt (Ziff. 187f.: „Dabei ist Familie zuallererst eine große Gefühlswelt: Lachen und Tränen, Alltagskomödie und Kurzzeittragödie“, Ziff. 183ff.: „Zusammenhalt … ist das Frühstück, das wir unseren Kindern machen, es ist die doppelte Schleife, die wir vor ihnen kniend auf der Treppe binden, der Sportbeutel…“; vgl. auch ebenso Ziff. 317–327). Das erinnert an die blumig-nichtssagende und dabei stets manipulative Gefühlssprache der Werbebranche. Dies führt im Übrigen, blickt man auch immer mit Seitenblick auf die übrigen Kapitel, zu den massiven inhaltlichen Redundanzen des Gesamttextes. Eine klare inhaltliche Strukturierung fehlt.

- Es werden gleich zu Beginn „gemeinsame Werte“ und „Traditionen“ (Ziff. 168) beschworen sowie gemeinsame „Sprache“, „Geschichte“ und „kulturelle Identität“ (Ziff. 170/1), die nirgends näher ausgeführt bzw. beschrieben werden. Das ist bundespräsidial anmutendes Sonntags- bzw. Festredendeutsch, aber nicht die Sprache einer politischen Partei, die klar ihre Ziele und Grundsätze formuliert. **Auch hier rächt sich, dass man nicht an die hilfreichen begrifflichen Präzisierungen des Grundsatzprogrammes von 2007 angeknüpft bzw. diese behutsam fortentwickelt hat.** Unpräzise Sprache zeugt immer auch von unpräzisem Denken: Die gesellschaftliche Gemeinsamkeit des „WIR“ bildet somit weniger eine bereits bestehende gesellschaftliche Realität ab, sondern hat lediglich einen (performativen) Beschwörungscharakter: Vor dem Hintergrund von zunehmendem Pluralismus, von Spaltungstendenzen und Polarisierungen, von wachsender gesellschaftlicher Heterogenität und der großen Herausforderung der Integration von Zuwanderern in die deutsche Gesellschaft, die von beiden Seiten enorme Anstrengungen voraussetzt, die uns auf absehbare Zeit noch beschäftigen werden, ist dies eine eher wirklichkeitsfremde und geradezu ideologisch anmutende These. Auch hier wird offensichtlich versucht, unter Preisgabe des eigenen programmatischen Erbes, eine Brücke zum links-grünen Zeitgeist zu schlagen.

- Das Programm von 2007 kannte demgegenüber in seiner Ziff. 57 noch den Begriff der **„Leitkultur“**, der hier verschwunden ist, sowie den Mut zu formulieren: „Die gesellschaftliche Integration von Zuwanderern auf der Basis der Leitkultur in Deutschland ist ein wichtiger Beitrag zur kulturellen Sicherheit.“ (ebd.) Ein solcher Bezug müsste auch hier wieder explizit werden: Das gut gemeinte Plädoyer für verbindliche Werte, „Nation“ und gemeinsame historische Verantwortung in Anbetracht einer pluralistischen und durch Zuwanderung geprägten Gesellschaft hängt hier ansonsten völlig unglaubwürdig in der Luft, wie am wichtigen Beispiel der „Shoah“ (Ziff. 250–257), in Bezug auf das Thema „Bildung“ als „Frage der Herkunft“ (Ziff. 216/7) und auch in Gestalt des Schlagwortes „Einheit in Vielfalt“ (Ziff. 304) deutlich und virulent wird.

- Die klassischen **Gemeinwohlbegriffe der evangelischen Sozialethik und der katholischen Soziallehre**, und damit ein Kernbereich klassisch christdemokratischer Programmatik, sind in diesem Kapitel völlig verschwunden. **Auch die Kirchen werden an dieser Stelle mit keiner Silbe erwähnt**[1]: Dabei stiften gerade sie einen unverzichtbaren Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, den eine ‚C‘-basierte Politik doch eigentlich an dieser Stelle herausstreichen müsste.

- Während das Grundsatzprogramm von 2007 der **Familie** als „Fundament unserer Gesellschaft“ noch ein eigenes Kapitel widmet, wird diese nun zusammen mit allem möglichen weiteren unter den Oberbegriff „Zusammenhalt“[2] subsumiert: „Familie“, die „Heimatvertriebenen und Flüchtlinge“ (Ziff. 241), „Menschen mit Behinderung“ (Ziff. 232/3), die Erinnerung an den „Zivilisationsbruch der Shoah“ (Ziff. 252), „Extremismus“ (Ziff. 268ff.), „Sprache“ (Ziff. 279) und „Digitalisierung“ (Ziff. 283ff.).

- Aufgrund von Individualisierung und zunehmender Vielfalt benötigen wir Schnittstellen, die Menschen zusammenführen, die Orientierung und Halt geben und damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Hier leisten Kirchen mit Kinder- und Jugendarbeit, Seniorenangeboten sowie Bildungsveranstaltungen unverzichtbare Beiträge, die es im Rahmen der fördernden Neutralität des Staates zu schätzen und zu fördern gilt. Das Gleiche gilt für die diakonischen/karitativen Einrichtungen der Kirchen, beispielsweise Krankenhäuser, Kindergärten, Schulen und Senioreneinrichtungen.

- Zusammenhalt stiftet auch der Religionsunterricht, denn der Auftrag von Schule und Lehrern geht über die Vermittlung von Wissen weit hinaus. Junge Menschen brauchen auch Werte und soziale Tugenden, um ihr Leben erfolgreich zu meistern. Religion sollte deshalb in allen Ländern zum Kanon der Pflichtfächer zählen. Dieser Unterricht sollte neben

evangelischen und katholischen Religionslehrern bei Bedarf auch von Lehrern anderer Religionen in deutscher Sprache mit in Deutschland ausgebildeten Lehrern und unter staatlicher Schulaufsicht angeboten werden können (vgl. Grundsatzprogramm 2007, Ziffer 101).

- Am **Bekenntnis zur „Ehe von Mann und Frau" als Leitbild** (neben den übrigen, ebenfalls zu würdigenden, aber eben auch deutlich davon zu unterscheidenden, weil andersgestalteten Formen familiären Zusammenlebens) wird nicht mehr festgehalten: Das ist nicht weniger als ein deutlicher und inakzeptabler **Bruch mit allen CDU-Grundsatzprogrammen der Vergangenheit!** Spitzensatz des neuen Relativismus in der Ehe- und Familienfrage: „Wir Christdemokraten sehen jede einzelne Familie – mit ihren Stärken und Schwächen, ganz gleich, wie sie aussieht" (Ziff. 191/2). Ist das wirklich so? Das „Kindeswohl" wird zwar mit Recht in den Mittelpunkt gestellt, aber völlig verschwiegen, was man sich früher noch zu sagen getraut hat: „Die Ehe ist unser Leitbild der Gemeinschaft von Mann und Frau. Sie ist die beste und verlässlichste Grundlage für das Gelingen von Familie. In der Ehe kommt die gemeinsame Verantwortung von Vätern und Müttern für ihre Kinder verbindlich zum Ausdruck" (so in Ziff. 70 des 2007er Grundsatzprogramms). Im Entwurfstext ist prominent vom Beitrag der „Krippen, Kindergärten und Schulen" (Ziff. 222) die Rede, nicht aber in vergleichbarer Weise vom grundlegenden, prioritär und als unverzichtbar einzustufenden Beitrag der Eltern selbst. **Fazit: Dieser Familienpassus muss völlig neu geschrieben werden, da er völlig beliebig und nichtssagend ist.**

Es ist zu überlegen, ob sich die CDU-Deutschlands in ihrem neuen Grundsatzprogramm klar **gegen „Leihmutterschaft"** ausspricht, die mit dem christlichen Menschenbild unvereinbar ist.

Positiv zu vermerken ist:

- Ziff. 306–316 mit dem expliziten **Bezug auf die geglückte politische Union von Protestanten und Katholiken nach 1945 als identitätsstiftendes Moment.** Hier müsste allerdings der Versöhnungsbezug des „C" noch deutlicher herausgearbeitet werden. Denn darin liegt das programmatisch grundlegende Alleinstellungsmerkmal gegenüber allen anderen Parteien.

- Die **Ablehnung jeder Form von „Extremismus"** (Ziff. 263–270) in Anbindung an die Lehren aus zwei deutschen Diktaturen. Auch hier sollten – neben den aktuellen Herausforderungen durch den Rechtsextremismus und die Wiederkehr völkischen Denkens – auch der Linksextremismus und der Islamismus klar benannt werden.

- Die **„Verantwortung für den Nächsten"** (Ziff. 179), die Anerkennung der Leistung kinderreicher Familien (Ziff. 213) und die Betonung der grundlegenden Verantwortungsdimension in Hinsicht auf die Begriffe „Zusammenhalt" (Ziff. 183ff.) und „Freiheit" (Ziff. 346).

- Die klare **Ablehnung von „geschäftsmäßiger Sterbehilfe" und „assistiertem Suizid"** (Ziff. 332/3) und das Plädoyer für **„Hospize"** (ebd.).

1 Im gesamten Programm – und das ist ein Skandal – ist nur an einer einzigen Stelle von den „christlichen Kirchen" (Ziff. 460) die Rede. In Ziff. 472 werden darüber hinaus noch die „Kirchentage" erwähnt. Hat unsere C-Partei, die zu einem überwiegenden Teil immer noch aus Christen der großen Konfessionen besteht, mittlerweile so wenig zu ihrer eigenen Verwurzelung zu sagen? Im 2007er Programm taucht der Begriff „Kirche(n)" demgegenüber noch prominent, nämlich ganze 11 mal, auf!

2 Interessant ist, dass auch der Bezug auf den intergenerativen Zusammenhalt völlig unterbelichtet ist. Nur an einer Stelle ist die Rede von den „älteren Menschen" – und hier völlig einseitig: „Viele ältere Menschen empfinden das Aufgehobensein in einer familiären Gemeinschaft gerade gegen Ende ihres Lebensweges (!) als Geschenk" (Ziff. 198ff.). Diese einseitige Sichtweise, da sie – vice versa – nicht auch den entscheidenden Beitrag der älteren Generationen für das Familienglück der jüngeren Generation thematisiert, ist nicht akzeptabel und besonders ärgerlich.

Kommentar zu III: „Der Staat, der WIR alle sind“

Sybille Möller-Fiedler

1. Einordnung des vorliegenden Entwurfs

In dem vorliegenden Entwurf werden viele Begriffe anhand einzelner, konkreter Beispiele beschrieben, etwa die repräsentativ-parlamentarische Demokratie, Bedeutung der Parteien, Gemeinwohlorientierung, Gewaltmonopol, die Verantwortung vor Gott und den Menschen, die Verantwortung für Recht und Ordnung, die Präambel des Grundgesetzes, Subsidiarität. Das ist in vielen Punkten richtig, greift aber zu kurz, wenn der Anspruch verfolgt wird, Grundsätze und Zusammenhänge darzustellen.

2. Grundsätze und Leitlinien zum Thema Staat

„Grundlage für das Zusammenleben der Menschen in Deutschland ist die **Werteordnung** des Grundgesetzes. Auf diesem bewährten Fundament hat sich unsere Nation in einem demokratischen, freiheitlichen, sozialen und föderalen Rechtsstaat vereint.“[1] Daraus folgt unsere repräsentative/parlamentarische sowie wehrhafte **Demokratie und Rechtsstaatlichkeit** sowie das **Sozialstaatsprinzip**.

Freiheit und Verantwortung, kein allmächtiger Staat[2]: Soviel Freiheit wie möglich, so wenig Staat wie möglich, soviel Staat wie nötig[3]. Balance zwischen Selbstbestimmung und staatlichem Schutz, wechselseitige Verantwortung der Menschen untereinander und mit dem Staat[4], partnerschaftliches und vertrauensvolles Verhältnis zwischen Bürgern und Staat[5].

Subsidiarität: kleine Einheiten stärken – Entfaltung und Zusammenhalt, Eigenverantwortung und Solidarität[6]
- Zwischen Individuum und Staat ist u.a. das **Ehrenamt** angesiedelt, das es zu fördern gilt: Verantwortungsübernahme als Ausdruck persönlicher und gesellschaftlicher Freiheit
- Subsidiarität/Solidarität geht in beide Richtungen: Aus der Solidarität des Staats gegenüber den Menschen erwachsen auch Pflichten gegenüber dem Staat[8].

Gesellschaftlicher Zusammenhalt: „Wir fördern das Miteinander in der Gesellschaft und bekämpfen Diskriminierung und Ausgrenzung sowie Rassismus, Antisemitismus und Hass“[9] sowie Fremden- und Frauenfeindlichkeit.

Und ausführlicher: **Verantwortung vor Gott und den Menschen.** „Unser freiheitlicher Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. Wertüberzeugungen lassen sich nicht staatlich verordnen. Sie bilden vielmehr den gewachsenen gesellschaftlichen Konsens, aus dem heraus Freiheit und Verantwortung gelebt werden. Wir bekennen uns zur Präambel des Grundgesetzes und damit zu unserer Verantwortung vor Gott und den Menschen. Das Grundgesetz beruht auf Werten, die christlichen Ursprungs sind. Sie haben unser Land und unsere Gesellschaft grundlegend geprägt. Sie im Bewusstsein zu halten, zu bewahren und ihnen Geltung zu verschaffen, verstehen wir nicht nur als Aufgabe der christlichen Kirchen, sondern auch als eine vorrangige Aufgabe von Staat und Bürgern. Christliche Symbole müssen im öffentlichen Raum sichtbar bleiben. Sie sind ebenso zu schützen wie die christlich geprägten Sonn- und Feiertage.“[10]

Aus der deutschen Geschichte heraus hat sich ein besonderes Miteinander von Staat und Kirche entwickelt, das auch von den Erfahrungen zweier totalitärer Regime geprägt ist. Unsere freiheitliche Rechtsordnung garantiert das Recht auf freie Religionsausübung und die Freiheit der Kirchen und Religionsgemeinschaften, in die Gesellschaft hineinzuwirken, muss unangetastet bleiben. Religionsfreiheit ist Menschenrecht. Wir bekennen uns zur Eigenständigkeit und Unabhängigkeit der christlichen Kirchen und der anerkannten Religionsgemeinschaften und wollen den ständigen Dialog der Religionen unterstützen.

„Neben den Kirchen können auch andere Religionen einen positiven Einfluss auf unsere freiheitliche Grundordnung ausüben. Wir achten alle Religionszugehörigkeiten. Dies erwarten wir ebenso von allen Angehörigen der unterschiedlichen Religionen. Besondere Verantwortung tragen wir für die jüdischen Gemeinden in Deutschland. Sie sind Teil unserer Kultur und ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Gesellschaft. Mit ihrem Engagement tragen sie zugleich zum Ansehen Deutschlands in der Welt bei.“[11] Ebenso wie wir Antisemitismus ablehnen, verwehren wir uns gegen jegliche Form von Gewalt, die gegen Mitglieder und Orte anderer Religionsgemeinschaften ausgeübt wird.

1 *Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands. „Freiheit und Sicherheit. Grundsätze für Deutschland“, 2007, Ziff. 282*
2 *S. ebenda, Ziff. 4*
3 *S. ebenda, Ziff. 161*
4 *S. ebenda, Ziff. 19*
5 *S. ebenda, Ziff. 265*
6 *S. ebenda, Ziff. 67*
7 *S. ebenda, Ziff. 265*
8 *S. ebenda, Ziff. 19*
9 *Beschluss des Bfa Gesellschaftlicher Zusammenhalt https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/bericht_zum_grundsatzprogramm_0.pdf?file=1&type=field_collection_item&id=21480*
10 *Grundsatzprogramm 2007, Ziff. 278f*
11 *Ebenda, Ziff. 280*

Kommentar zu IV: „Den neuen Wohlstand, den Wir schaffen wollen“

Dr. Maximilian Willner, Wolfgang Reeder, Kurt Müller

Eine offene Gesellschaft, rechts- und sozialstaatliche Demokratie und Soziale Marktwirtschaft sind die Grundpfeiler unseres Zusammenlebens. Die Entscheidung für die Soziale Marktwirtschaft hat den Menschen vielfältige Chancen eröffnet. Sie schafft Beschäftigung, Einkommen, soziale Sicherheit sowie hoch entwickelte Systeme zur Lebenssicherung und -gestaltung.

Soziale Marktwirtschaft ermöglicht das, weil sie auf Eigentum und Wettbewerb gründet, auf dezentrale Entscheidungen der Wirtschaftsbürger und auf staatlich gesetzte und durchsetzbare Regeln. Diese Regeln wollen wir in einer sich ständig wandelnden Welt immer wieder überprüfen. Das Soziale der Marktwirtschaft meint die Beziehungen der Menschen untereinander, als Konsumenten und Produzenten, als Arbeitnehmer und Unternehmer, als Bürger und Politiker, als Betroffene und Beteiligte. Wir sind überzeugt von der Marktwirtschaft, weil wir an die Fähigkeiten, die Ideen und die Kreativität jedes einzelnen Menschen glauben.

Längst wissen wir zudem, dass es nicht nur gilt, die Beziehungen der Menschen untereinander zu ordnen, sondern auch das Verhältnis von uns Menschen zu der uns umgebenden Natur. Ökologische Nachhaltigkeit ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Vorstellung der Sozialen Marktwirtschaft, da die soziale Dimension auch die Zukunft und somit die Bewahrung der Funktionsfähigkeit der Ökosysteme und der Schönheit unserer Umwelt umfasst. Die Begrenzung der Erderwärmung, die Erhaltung der Biodiversität und die Herstellung nachhaltiger Versorgungssicherheit durch eine produktive, an den Klimawandel angepasste, effektive und Ressourcen schonende Landwirtschaft gehören zum Aufgabenkern unseres Wirtschafts- und Gesellschaftssystems. Dabei wird klar, dass für uns Nachhaltigkeit nicht durch immer mehr Einzelmaßnahmen entsteht, sondern diese in einem ganzheitlichen und ausgleichenden Ansatz zusammengehen müssen.

Es gilt weitere Aufgaben in unserer sich wandelnden Welt anzugehen:

- Ungleichheit ist nicht Ungerechtigkeit. Aber zunehmende Ungleichheit kann zu Spaltung unserer Gesellschaft, zu Ungerechtigkeit führen. Wir wirken dieser Entwicklung und daraus erwachsenden, den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährdenden Spannungen entgegen.

- Ungerecht ist es, wenn Belastungen aus wirtschaftlichen Veränderungen, Krisen oder ökologischen Fehlentwicklungen sehr unterschiedlich auf die Generationen verteilt, das heißt in die Zukunft und damit auf künftige Generationen ohne Ausgleichschancen verschoben werden. Wir verfallen nicht in kurzsichtigen Aktionismus, sondern werden die Lebenschancen zukünftiger Generationen mitdenken.

- Verschiebungen unserer Bevölkerungsstruktur können zu deutlichen Änderungen in der Verteilung von Chancen und Risiken führen. Auf solche Entwicklungen werden wir unsere Arbeitsmarkt-, Infrastrukturpolitik, insbesondere unsere Bildungs- und Sozialpolitik einstellen. Das gilt in starkem Maße auch für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Städten und ländlichen Räumen.

- Die internationale Verflechtung unserer Volkswirtschaft ist eine Grundlage unseres Wohlstandes. Zugleich birgt sie ökonomische wie politische Risiken. Es gibt einen Grenznutzen der Globalisierung, den wir beachten werden.

- Ständiges Bemühen um Risikoverminderung durch internationale Vereinbarungen nach dem Grundsatz der Gegenseitigkeit und des Multilateralismus ist eine zentrale Aufgabe deutscher Politik, der wir gerecht werden wollen.

- Der wichtigste Schutz gegen internationale ökonomische und politische Risiken ist die Europäische Union. Bei unserem Einsatz für die Weiterentwicklung der Europäischen Union und ihres Binnenmarktes sind wir uns der Herausforderungen des Ausgleichs zwischen unseren europäischen Nachbarn bewusst und tragen auf Basis unseres Verständnisses von Verantwortung und Freiheit zum gelingenden Miteinander bei.

Bei diesen Handlungsfeldern leiten uns Grundsätze, die unsere Ausgestaltung von Politik definieren:

- Nicht jegliche Ungleichheit von Einkommen, Vermögen und Verwirklichungschancen erfordert staatliche Eingriffe. Oft schaffen staatliche Eingriffe neue Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten.

- Nicht jede wirtschaftliche oder technologische Veränderung erfordert staatliche Lenkung. Oft behindern staatliche Eingriffe gerade solche Anpassungen, die betroffenen Menschen auf Dauer neue Chancen eröffnen.

- Nicht jede Art von Gemeinschaftsgütern muss vom Staat bereitgestellt werden. Staatliche Organisation blockiert oft aufgrund unverzichtbarer demokratischer Abstimmungsprozesse oder bürokratischer Selbstüberschätzung marktwirtschaftliche Entwicklungspfade höherer Leistungsfähigkeit für die Bürger. Wir verstehen ordnungspolitische Eingriffe und staatliche Bereitstellung von Gütern in einem dynamischen Kontext: Wir werden immer wieder überprüfen, ob durch das Fortschreiten unserer Gesellschaft neue, wettbewerbsfähige Alternativen zu staatlicher Tätigkeit bessere, das Gemeinwohl im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft wirksamer fördernde Güter und Dienstleistungen bereitgestellt werden können.

- Unsere Aufgabe sehen wir darin, die Funktionsweise von Märkten zu stärken, d.h. den Wettbewerb gleichermaßen von staatlich-bürokratischen wie von privat-monopolistischen Beschränkungen zu befreien. Dort, wo Märkte Knappheit nur unzureichend abbilden und nur begrenzt leistungsfähig sind,

wollen wir verantwortungsvolle Verfahren mit möglichst vielen marktwirtschaftlichen Elementen verwirklichen. Dem direkten Ruf nach staatlich organisiertem Ersatz des Marktes widerstehen wir.

- Unsere Aufgabe sehen wir darin, dezentrale, private Verantwortungsübernahme zu stärken. Der unveräußerlichen Würde des Menschen entsprechend sind Sozialleistungen zur Einkommenssicherung und zur gesellschaftlichen Teilhabe für uns selbstverständlich. Dabei gilt es, Unterstützung weitestmöglich auf Fähigkeit und Bereitschaft zur Teilhabe an Leistung und Wettbewerb auszurichten. Wir wollen immer neu bestmögliche Bedingungen für die Mobilisierung und Entwicklung von Motivation und Fähigkeiten zu schaffen. Das betrifft alle Gruppen von Menschen sowie alle öffentlichen wie privaten Organisationen in unserem Land.

- Auf Nachhaltigkeit verpflichtete, zukunftsgerichtete Politik auf der Grundlage eines Wert-geleiteten Pragmatismus braucht (a) unvoreingenommene und genaue Leistungsanalysen von Organisationen und Aktionen, (b) konkrete, für die Bürger verständliche Pfadbeschreibungen beabsichtigter und begründeter politischer Programme, (c) nachvollziehbare Kosten- und Nutzen-, Risiken- und Chancenabwägungen insbesondere in Hinsicht auf den Lastenausgleich zwischen den Generationen sowie (d) zur Planungsfreiheit und -sicherheit beitragende und mithin realistische Zeithorizonte.

- Das betrifft den zukunftsfesten Umbau der Systeme von sozialer Sicherung und Altersversorgung ebenso wie den Umbau zu einem leistungsgerechten, den Faktor Arbeit entlastenden, den Zielen der Nachhaltigkeit Anreize setzenden und den Veränderungen der Wertschöpfungsquellen angepassten Steuersystem.

- Das betrifft alle Aufwendungen zur Zukunftssicherung des Staates sowie Privater und deren Verteilung, insbesondere die Struktur der Staatsausgaben, die Einhaltung der Schuldenbremse, den Abbau der Staatsverschuldung und das Entgegenwirkung der Einkommens- und Vermögensentwertung durch negative Zinsen und Inflation.

- Das betrifft die Bedingungen für Arbeitsschutz, Tarifbindung, für persönliche Entfaltung, Flexibilität und Freiräume angesichts von Veränderungen in der Arbeitswelt durch Digitalisierung und Globalisierung.

- Das betrifft die vorausschauende und nicht diskriminierende Förderung von Technologien, die umweltschonend unseren Wohlstand sichern und mehren können. Mit diesem technologieoffenen Ansatz begegnen wir der von Unsicherheit geprägten Zukunft mit Blick auf die sich verändernde Ökosphäre ebenso wie der Gefahr von technologischen Sackgassen und unumkehrbarer Fehlinvestitionen. Besonders bei der Förderung von Technologien im Rahmen der Energiewende gilt es vorurteilsfrei und ohne Denkverbote den Wandel zu gestalten.

- Das betrifft Regelungen des Datenschutzes im Ausgleich von informationeller Selbstbestimmung und Schutzansprüchen anderer, also der Sozialbindung auch des Dateneigentums.

Kommentar zu V: „Der Fortschritt, den WIR wollen“

Melanie Liebscher

- Die lange Tradition in Wissenschaft und Forschung ist die Grundlage für den starken Forschungsstandort Deutschland heute. Eine starke Wissenschaft und Forschung sind für Deutschland als rohstoffarmes Land die Grundlage für seine internationale Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit.

- Staatliche Förderung von Forschung und Wissenschaft sind grundsätzlich zu begrüßen; dies muss jedoch technologie- und innovationsoffen geschehen unter Wahrung der Wissenschaftsfreiheit.

- Die Ausblendung weltweiter Technologieentwicklungen wie Pflanzenbiotechnologie (auch grüne Gentechnik, Genomediting) zur Ernährungssicherung oder neue Entwicklungen der Kernenergie und Fusionstechnik u. a. muss beendet werden, und das muss man im Grundsatzprogramm auch nachlesen können. Wenn man die Anwendung der „Genschere“ (natürlich unter Beachtung ethischer Grenzen) beim Menschen befürwortet (Zeilen 1010 ff.), ist es schwer begreiflich, diese in der Pflanzenbiotechnolgie zur Ernährungssicherung zu behindern.

- Die Aussagen zur schulischen Bildung und Berufsentwicklung (Zeilen 910–955) sollten sich nicht auf die Zustandsbeschreibungen beschränken, sondern sollten in Zielvorstellungen münden.

- Akademischer Nachwuchs und Forschung (Zeilen 956–1032): Die Grundaussagen zur akademischen Nachwuchsausbildung und Forschung sind zu begrüßen, sollten aber weniger beschreibend sein und in den Zielvorstellungen konkretisiert werden. Positiv sind die Passagen zur ethischen Verantwortung, z. B. bei der Künstlichen Intelligenz oder der Gentechnik (Bezug zum christlichen Menschenbild und den sich daraus ableitenden Grundrechten wie das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit).

- Die Aussage, dass die Hochschulen und Forschungseinrichtungen durchweg gut finanziert sind (Zeilen 969–971), wäre zu verifizieren und sollte weniger als Tatsache, denn als Forderung formuliert werden.

Kommentar zu VI: „Die Welt, in der Wir leben“

Dr. Ulrich Pohlmann, Friedemann Schwarzmeier

Allgemeines

Den Aussagen des Kapitels ist weitgehend zuzustimmen. Sie geben im Großen und Ganzen eine zutreffende Beschreibung des Istzustandes wieder. Jedoch sollten für ein GSP die Aspekte pointierter und die für notwendig erachteten Maßnahmen konkreter benannt werden, um auch die Unterscheidbarkeit zu anderen Parteien zu verdeutlichen.

Die CDU benötigt aber keine „neuen Grundsätze“. Es zeichnet die Partei aus, dass sie ihre Grundwerte, wie im ersten Kapitel des GSP von 2007 beschrieben, stets beibehalten hat. Daher wäre es sinnvoll, nicht von einem „neuen Grundsatzprogramm“ zu sprechen, sondern von einer „Fortschreibung des Grundsatzprogramms“.

Die Kapitelüberschrift “Die Welt, in der wir leben“ erweckt die Erwartung einer Beschreibung der Lage unserer Gesellschaft. In Wirklichkeit geht es in diesem Kapitel aber ausschließlich um die deutsche Europa- und Außenpolitik. Eine Änderung der Überschrift wäre angebracht.

Die Einforderung von Menschenrechten, Religionsfreiheit und das Einsetzen für verfolgte Christen sind besonders zu begrüßen. Es kann aber nicht genug betont werden, dass diese Forderungen auf dem jüdisch-christlichen Bild vom Menschen beruht.

Auch wenn es heute schwieriger geworden ist, christliche Werte zu vermitteln und mit dem christlichen Glauben zu argumentieren, so darf die CDU nicht aufhören, auf die Fundamente der ethischen Prinzipien zu verweisen, die sie vertritt. Das „C“ ist ein Alleinstellungsmerkmal der Union und kann entsprechend selbstbewusst vertreten werden. Der jüdische und christliche Glaube hat seit 4.000 Jahren nichts von seiner Gültigkeit verloren.

Es ist erfreulich, dass nunmehr ein über die Formulierung von 2007 hinausgehendes ausführliches und eindeutiges Bekenntnis zum Existenzrecht Israels aufgenommen wird, gleichwohl sollte die palästinensische Seite nicht unerwähnt bleiben, schon allein um die Gesprächsfähigkeit mit den Palästinensern zu erhalten.

Europa

Es war und ist die CDU, die seit ihrem Bestehen den europäischen Einigungsprozess leidenschaftlich vorangetrieben hat: Von Adenauer mit der Westbindung über Helmut Kohl mit der europäischen Einigung nach Erlangen der deutschen Wiedervereinigung bis hin zur Vertiefung unter Angela Merkel.

Europa ist vor allem eine Kultur- und Wertegemeinschaft (so immer wieder von Helmut Kohl betont). Auch darf immer wieder an die Gründerväter Adenauer, Schuman und de Gasperi erinnert werden, die aus ihrem christlichen Verständnis der Aussöhnung heraus die Einigung Europas auf den Weg gebracht haben. Trotz schwindender Religiosität in weiten Teilen Europas ist festzuhalten: Zum gemeinsamen europäischen Erbe gehört das christliche Bild vom Menschen. Es ist wesentlich für das europäische Selbstverständnis.

Die gemeinsamen Werte in Europa sind maßgeblich geprägt durch Christentum, Judentum, Antike und Aufklärung.

Die Charta der Grundrechte ist Ausdruck dieser Werte.

Auch wenn nicht mehr so viel die Rede davon ist: Die Vielfalt und die Eigenständigkeit der Regionen Europas müssen bewahrt und gefördert werden (siehe GSP 2007!).

Es geht nicht darum, die EU nicht „besser“, sondern handlungsfähiger zu machen.

Eine „enge Anbindung der Türkei an die EU“ ist (nur) unter der Voraussetzung (!) verhandelbar, dass sie sich vollständig zu Rechtsstaatlichkeit, Wahrung der Menschenrechte und der Gewährung der Religionsfreiheit bekennt. Darauf müssen wir wegen der christlichen Minderheiten in dem Land bestehen.

Naher Osten und Israel

„Wir stellen uns der besonderen historischen Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel. Wir treten für das Existenzrecht Israels als jüdischer Staat in sicheren Grenzen ein. Deutschland und Europa müssen dazu beitragen, die Krisen des Nahen und Mittleren Ostens in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit den Ländern der Region zu bewältigen und den Nahost-Konflikt zu lösen. Dazu gehört ein existenzfähiger palästinensischer Staat.“[1]

Bundeswehr

Die unseren Partnern gemachte Zusagen müssen eingehalten werden (2%). Zudem muss die Bundeswehr nicht nur finanziell solide ausgestattet werden, sondern sie muss personell und von der Ausrüstung her in die Lage versetzt werden, ihren Aufgaben in der Landesverteidigung und bei Auslandseinsätzen gerecht zu werden. Dafür sind die entsprechenden finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen.

1 *Vgl. Freiheit und Sicherheit. Grundsätze für Deutschland – Das Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands (2007), Ziff. 351.*

Kommentar zu VII: „Die Partei, die Wir sein werden“

Elke Middendorf, Henning Aretz

Christdemokraten erkennen den Menschen als einzigartig und vernunftbegabt, jedoch von Natur aus unvollkommen. Ohne Menschenbild gerät jede Politik in Beliebigkeit.

Diese Einzigartigkeit verpflichtet uns, begabtengerechte Lebensperspektiven für jeden Einzelnen zu entwickeln und nicht die absolute Gleichheit der Lebensumstände jedes Einzelnen als Ziel zu definieren.

Das Wissen um unsere Unvollkommenheit mahnt uns stets zur Versöhnung bereit zu sein.

Nur so können wir als Volkspartei glaubwürdig und in Verantwortung vor Gott die zukünftige Politik gestalten.

Wir stehen daher für

- eine Weltanschauung, die sich auf das Erbe einer christlich-jüdisch abendländischen Wertebasis gründet, aber offen ist für andere Religionsbekenntnisse und Überzeugungen
- eine Freiheit in Verantwortung für die Gemeinschaft, wie sie im Grundgesetz verankert ist.
- eine in Solidarität gelebte Gerechtigkeit auf der Basis christlicher Soziallehre und -ethik.

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität enden nicht an nationalen und europäischen Grenzen. Daraus erwächst eine Verantwortung gegenüber Menschen in Europa und anderen Teilen der Welt.

Begriffe, wie Wachstum, Wohlstand und „gutes Leben“ müssen wir gemeinsam neu definieren. Für uns ist Solidarität gelebte Nächstenliebe.

Diese programmatischen Säulen christlich-sozial, liberal und konservativ – mit der verbindenden Klammer des C –, die sich gegenseitig inspirieren, aber auch begrenzen sind das Fundament unserer politischen Arbeit. Sie helfen uns respektvoll um den richtigen Weg zu ringen. Meinungsvielfalt ist die Stärke einer Volkspartei, die Brücken baut, das Land zusammenhält und von Jungen und Alten, Männern und Frauen gleichermaßen vertreten wird.

Wir sind der Ansicht, dass wir unsere Grundsätze, die in den Parteiprogrammen (Zeile 1299) als Wertvollstes (Zeile 1297) angesprochen werden in den direkten Zusammenhang mit unserer Parteiarbeit stellen sollten. Z.B. Zeile 1304–1306 ... Veränderungen wahrnehmen, mit unseren Grundsätzen und bleibenden Werten immer wieder neue Antworten geben... Hier wäre es wichtig unsere eigene, menschliche Begrenztheit und Fehlbarkeit anzusprechen, die uns eben davor bewahrt rückwärtsgewandte und ideologische Antworten zu geben. (das sind die Werte und Grundsätze). (...) Wir machen Politik aufbauend auf dem Fundament unserer Grundsätze für alle Menschen... (Zeile 1316–1317) Die Einzigartigkeit des Menschen verpflichtet uns gerechte Lebensperspektiven für jeden Menschen zu entwickeln. (Zeile 1357–1358)

(...) Wir haben den Weg vor Augen, und wir sagen in unserem Grundsatzprogramm, warum dieser Weg für unser Land der Richtige ist... (auch hier sollten wir keinen Absolutheitsanspruch stellen). „Ist“ ersetzen durch „wäre“.

Wir würden unter dem Titel „Die Partei die Wir sein **wollen**“ kurz (s. Text) die wesentlichen Zusammenhänge zwischen Werten und Grundlagen der CDU und ihrer politischen Arbeit darstellen.

Die Autoren und Mitglieder der EAK-Grundsatzkommission:

Dieter Hackler
Prof. Dr. Wolfgang Merbach
Christian Meißner
Sybille Möller-Fiedler
Dr. Maximilian Willner
Wolfgang Reeder
Kurt Müller
Melanie Liebscher
Dr. Ulrich Pohlmann
Friedemann Schwarzmeier
Elke Middendorf
Henning Aretz

Entwurf des neuen CDU-Grundsatzprogramms (2020)

CDU

Programm

V. Programm

Inhalt

I. Die Werte, die *Wir* teilen 2

II. Der Zusammenhalt, den *Wir* stiften 8

III. Der Staat, der *Wir* alle sind 14

IV. Der neue Wohlstand, den *Wir* schaffen wollen 22

V. Der Fortschritt, den *Wir* wollen 31

VI. Die Welt, in der *Wir* leben 36

VII. Die Partei, die *Wir* sein werden 45

I. Die Werte, die *Wir* teilen

Wir entwickeln keine Smartphones, wir entwerfen keine Sportschuhe, wir produzieren keine Autos oder Maschinen, verkaufen keine Träume, keine Ideologien, keine Utopien. Wir machen Politik. Wir sehen den einzelnen Menschen und unsere Gemeinschaft, die Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft. Wir bewahren, gestalten und verändern – und dies seit mittlerweile 75 Jahren. Dafür haben uns die Menschen immer wieder ihr Vertrauen gegeben. Wir wurden gegründet, als Deutschland nach der nationalsozialistischen Barbarei in Trümmern lag; uns gab es schon, als wir über das Wunder von Bern jubelten, der Fernseher bunt wurde und der Reichstag verhüllt war. Wir sind Teil des Landes, das unsere Heimat ist. Wir werden Deutschland weiter mitgestalten.

Die Frage nach dem „Warum?“

Parteien müssen erklären, was sie machen und wie sie es machen. Aber noch wichtiger ist es zu sagen, warum sie etwas tun. Es ist die Frage nach der inneren Überzeugung. Sie bohrt tief und gelangt zum Kern. Jedes Mitglied unserer Partei wird hierauf auch eigene, ganz persönliche Antworten finden. Aber wir haben verbindende Überzeugungen und Ideen, die unsere Gemeinschaft zusammenhalten. Diese Überzeugungen und Ideen müssen wir für die Zukunft beschreiben können. Sie prägen unser Handeln.

Auf diese Weise haben wir schon in den vergangenen Jahrzehnten Deutschland gedient. Wir leben in einem Land, das seinen Bürgerinnen und Bürgern ein hohes Maß an Freiheit, Sicherheit und Wohlstand bietet. Wir leben in einem Europa, das auf die längste Friedensperiode seiner Geschichte blickt. Wir leben in einer Welt, in der der globale Wohlstand gewachsen ist, mehr Kinder als noch vor 20 Jahren zur Schule gehen und die Lebenserwartung gestiegen ist. Zugleich wird unser Land durch große Entwicklungen herausgefordert – vom Klimawandel über die Demografie bis zu einer Neuordnung der internationalen Machtverhältnisse.

Sehnsucht nach Orientierung und Haltung

Wir leben in einer Welt, die vielen das Gefühl vermittelt, heute schon wieder vollkommen anders zu sein, als sie es noch gestern war. Der Siegeszug der freiheitlichen Demokratie, den viele nach dem Ende des Ost-West-Konflikts vorhergesehen haben, hat so nicht stattgefunden. Neue Bedrohungskulissen entstehen, die in den Alltag hineinragen und Verunsicherung hinterlassen. Konflikte und Krisen treten an die Stelle von Kompromissen und Kontinuitäten. In Europa sehen wir wieder Kräfte, die auseinanderdriften. Und auch in unserem Land gewinnen die Auseinandersetzungen an Schärfe. Die radikalen und extremistischen Positionen bekommen Zulauf. Zu oft gelingt es nicht, dass wir uns über das Verbindende verständigen. Zugleich wächst die Sehnsucht nach Orientierung und Haltung. Unsere Partei stellt sich dieser Herausforderung.

Liberal + konservativ + christlich-sozial = CDU

Wir Christdemokratinnen und Christdemokraten haben uns auf Grundlage des christlichen Menschenbildes als liberale, wertkonservative und christlich-soziale Frauen und Männer in unserer Partei zusammengefunden. Wir sehen den einzelnen Menschen und sind von seiner Fähigkeit überzeugt, für sich selbst und für andere Verantwortung zu übernehmen. Der Mensch ist nicht vollkommen, er kann aber Gutes bewirken. Der Mensch lebt nicht allein, sondern sucht von Natur aus ein Leben in Gemeinschaft. Aus unserem Menschenbild leiten wir unser Bild der Gesellschaft ab. Wir wollen eine freiheitliche, offene, auf Regeln gründende Gesellschaft, in der wir untereinander solidarisch sind. Unser Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell ist daher die Soziale Marktwirtschaft.

Wir Christdemokraten schätzen die Unterschiede von Meinungen, Positionen und Biografien. Wir leben Vielfalt, und wir leben von Vielfalt. Wir sehen zugleich auch die Herausforderungen von Vielfalt. Aus Vielfalt Zusammenhalt zu schaffen ist unsere Stärke. Mit dieser Kraft werden wir die Zukunft gestalten. Das ist der Anspruch unserer Union.

Unsere Haltung in den neuen zwanziger Jahren

Gerade eine große Volkspartei wie die Christlich Demokratische Union Deutschlands muss in einer unübersichtlichen, von vielen als Bedrohung empfundenen Situation neue Orientierung geben. Wir wollen für

die zwanziger Jahren einen neuen Zusammenhalt stiften – aus Verantwortung für unser Land.

Wir bestimmen mit diesem neuen Grundsatzprogramm unsere Haltung im dritten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts. Wir machen deutlich, wie wir den einzelnen Menschen und unsere Gesellschaft sehen, unseren Wohlstand und Fortschritt, unser Land, Europa und die Welt.

Wir glauben an den einzelnen Menschen

Zum einen stellen wir uns vor, wie die Zukunft aussehen soll, damit sie enthält, was für uns unverzichtbar ist. Wir wollen, dass jeder Einzelne im friedlichen Zusammenleben mit seinen Nachbarn, Kollegen und Freunden sein Dasein gestalten kann. Wir reden Menschen nicht ein, dass sie etwas nicht könnten. Sie sollen so leben, wie es ihnen richtig erscheint, und ihrer Verantwortung für ihre Mitmenschen gerecht werden. Wir glauben, dass sie selbst am besten wissen, was das bedeutet. Der Mensch in seiner unveräußerlichen Würde ist unser Maßstab. Gemeinsam mit anderen soll er in Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit leben können.

Unser Patriotismus: Wir lieben unser Land und achten jedes andere

Zum anderen stellen wir uns vor, was wir selbst als politische Kraft der Mitte zu dieser Zukunft, zum Wohlergehen unseres Landes und seiner Menschen beitragen können. Das macht für uns Patriotismus aus: zuerst zu fragen, was das Richtige für unser Land ist, und das über die eigenen Interessen zu stellen. Wir sind stolz auf unser Land. Patriotismus bedeutet auch, dass bei allem Stolz auf das Eigene andere Länder nicht herabgesetzt werden: Ein Patriot liebt sein eigenes Land und achtet jedes andere.

Mit der internationalen Finanzkrise, der Flüchtlingssituation und der weltweiten Corona-Pandemie haben wir drei große Krisen in etwas mehr als einem Jahrzehnt erlebt. Wir haben aus jeder Krise gelernt, wir haben die Chance der Krise als Antreiber für Veränderung genutzt und unser Land besser gemacht. Das wird uns auch in Zukunft leiten.

Diese Krisen haben unser Land, unsere staatlichen Institutionen und unsere Gesellschaft herausgefordert. Sie haben uns eindrücklich vor

Augen geführt, wie verflochten wir weltweit mit anderen Staaten, ihren Gesellschaftsordnungen und Institutionen sind. Ganz gleich, wie stark und selbstbestimmt unser Land ist, können wir weltweite Entwicklungen trotz unserer nationalen Souveränität nicht allein gestalten und weltweite Krisen nicht allein lösen oder verhindern. Dafür brauchen wir eine enge Zusammenarbeit mit unseren Partnern und Verbündeten, eine handlungsfähige Europäische Union und möglichst starke internationale Organisationen. Zugleich sehen wir, wie wichtig der Nationalstaat als zentraler Bezugspunkt und Identitätsanker für die Menschen bleibt.

Ein Staat, der schützt

Wir wollen einen verlässlichen und funktionierenden Staat, der für seine Bürger da ist. Einen Staat, der den Einzelnen und alle Menschen im Land schützt. Einen Staat, der nicht bevormundet, sondern uns dabei unterstützt, gemeinsam in Freiheit und Wohlstand, in Frieden und Sicherheit zu leben.

Dabei ist es von größter Bedeutung, dass seine Entscheidungen verstanden und mitgetragen werden. Staatliches Handeln in einer Demokratie ist erfolgreich, wenn die Bürgerinnen und Bürger von Entscheidungen überzeugt sind und sie mittragen.

Unterschiedliche Meinungen und das Ringen um den besten Weg machen unsere Demokratie stark. Wir sehen zugleich Tag für Tag: Bei wichtigen Themen gehen die Meinungen so weit auseinander, dass wir uns schwertun, einen gemeinsamen Weg zu finden. Manche Gespräche sind schwieriger geworden – auch zwischen Freunden, im Kollegenkreis, selbst in der Familie. Viel zu oft reden wir übereinander statt miteinander. Wir wollen das Verbindende in den Vordergrund rücken. Wir kommen nur gemeinsam voran – und genau das müssen wir: vorankommen. Denn die Welt um uns herum verändert sich und wartet nicht auf uns. Es geht nur gemeinsam. Es geht nur mit Zusammenhalt aus Verantwortung.

Christliches Menschenbild – die unantastbare Würde jedes Menschen

Eines hat für Christdemokratinnen und Christdemokraten Bestand. Und das ist der eine Maßstab, den wir bei allem anlegen, was wir tun –

bei der Vorstellung von Zukunft, beim Gestaltunganspruch von Politik, bei der Suche nach Orientierung. Unser Grundgesetz beschreibt ihn für unser Land. Es ist die Würde jedes einzelnen Menschen, seine Gottesebenbildlichkeit und seine Freiheit – sein Recht auf Leben und Selbstverwirklichung. Leben hat Würde – immer und ausnahmslos, das schon geborene genauso wie auch das ungeborene. Und diese Würde muss besonders dort geschützt werden, wo Leben schwach ist – an seinem Anfang genauso wie an seinem Ende.

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Das gilt für jedes Leben. Das C in unserem Namen kategorisiert nicht, beurteilt nicht, bewertet nicht. Das C reduziert Menschen nicht; es schätzt sie wert. Die Würde des Menschen kennt keine Staatsbürgerschaft. Deshalb stehen wir global für sie ein. Sie ist Verpflichtung jeder Christdemokratin und jedes Christdemokraten; sie gibt für uns in der Politik immerwährend die Orientierung.

Wir Menschen sind nicht allein. Jeder Einzelne von uns ist immer auch ein Teil des Ganzen; ein Wesen, das zwischen seinem Kommen und Gehen auf Erden eine Verantwortung über das eigene Leben hinausträgt. Die Welt ist uns anvertraut. Das verpflichtet uns, sie auch auf die beste Weise zu bewahren, damit die, die nach uns kommen, die gleiche Chance haben, eine intakte Schöpfung zu erleben.

Aus heißer Liebe seit 75 Jahren

Die CDU wurde 1945 von Frauen und Männern gegründet, die die Zukunft Deutschlands mit einer christlich geprägten Volkspartei gestalten wollten. Sie hatten teilweise selbst in den Folterkellern und Todeszellen der nationalsozialistischen Diktatur gesessen und waren von der Erkenntnis getragen: Dort, wo die Würde und die Freiheit mit Füßen getreten werden, ist kein menschenwürdiges Leben möglich. Anstatt einer Ideologie zu folgen, stand von Anfang an das christliche Menschenbild, standen Freiheit und Verantwortung als Angebot. „In der schwersten Katastrophe, die je über ein Land gekommen ist, ruft die Partei Christlich Demokratische Union Deutschlands aus heißer Liebe zum deutschen Volk die christlichen, demokratischen und sozialen

Kräfte zur Sammlung, zur Mitarbeit und zum Aufbau einer neuen Heimat“, hieß es im Berliner Gründungsaufruf. In den folgenden 75 Jahren haben wir Christdemokraten auf der Grundlage wertkonservativer, christlich-sozialer und liberaler Überzeugungen unser Land entscheidend mitgestaltet. Dabei standen und stehen wir immer fest in der christlich-jüdischen Tradition in Verbindung mit den Werten der Aufklärung und des Humanismus.

II. Der Zusammenhalt, den *Wir* stiften

Auf gemeinsame Werte kommt es an

Gemeinsame Werte und ein gemeinsames Verständnis von Werten halten unser Land zusammen. Es sind unsere Traditionen, die uns verbinden. Es sind unsere Sprache, unsere Geschichte und unsere kulturelle Identität, ohne die wir die Gegenwart nicht verstehen und die Zukunft nicht gestalten können. Sprache muss gesprochen und Geschichte verstanden werden. Werte müssen gelebt und Traditionen gepflegt werden. Unsere Kultur ist vielfältig und einzigartig. Sie wird in der Welt geschätzt, und sie begegnet uns fast überall, in Metropolen genauso wie in Städten und Dörfern.

Wer gestaltet das, was unser Land zusammenhält? Das sind wir alle. In diesem Wir sind verbunden die Würde und die Einzigartigkeit jedes einzelnen Menschen mit seiner Verantwortung für den Nächsten und für die Gemeinschaft. Wir alle erleben und leben Zusammenhalt, und zwar jeden Tag. Denn wir alle übernehmen Verantwortung für andere Menschen.

Familien: Volle Pulle Leben!

Zusammenhalt aus Verantwortung – das ist das Frühstück, das wir unseren Kindern machen, es ist die doppelte Schleife, die wir vor ihnen kniend auf der Treppe binden, und der Sportbeutel, den wir im letzten Augenblick an ihre Schultern hängen. Viel zu oft beschreibt die Politik Familien abstrakt. Dabei ist Familie zu allererst eine große Gefühlswelt: Lachen und Tränen, Alltagskomödie und Kurzzeittragödie, ein jahrzehntelanges Gemeinschaftsprojekt aus Mit-, Neben- und Füreinander zwischen Eltern, Kindern und Großeltern. Familie ist meist wunderschön, immer einzigartig und oft kräftezehrend. Wir Christdemokraten sehen jede einzelne Familie – mit ihren Stärken und Schwächen, ganz gleich, wie sie aussieht. Wir sehen die besonderen Herausforderungen und Leistungen von alleinerziehenden Müttern und Vätern. Der Staat steht in der Pflicht, sie besonders zu unterstützen. Es ist eine Errungenschaft der Menschheit, dass auf Dauer und oft über Generationen hinweg Verantwortung füreinander übernommen wird. Viele ältere Menschen empfinden das Aufgehobensein in einer familiä-

ren Gemeinschaft gerade gegen Ende ihres Lebensweges als Geschenk. Jede Familie in unserem Land lebt auf ihre Weise den Zusammenhalt, und genau das macht sie wertvoll. Familien sollen die Freiheit haben, das Lebensmodell zu verwirklichen, das sie sich vorstellen.

Deutschland, einig Kinderland

Im Mittelpunkt unserer Familienpolitik stehen die Bedürfnisse der Kinder. Kindern geht es gut, wenn sie mit Liebe, Schutz und Unterstützung, mit Verlässlichkeit und Regeln aufwachsen. Wir müssen noch mehr dafür tun, damit Familien die nötige Zeit, Betreuungsmöglichkeiten und Geld haben, um so zu leben, wie sie das wollen. Dazu wollen wir Familienzeitwertkonten einführen, Familien bei Steuern und Abgaben entlasten und die Kitas weiter stärken. Wer sich für viele Kinder entscheidet, erlebt nicht nur viel Freude und viel Arbeit, sondern trägt auch besonders viel Verantwortung, für seine Familie und für die Zukunft unserer Gesellschaft. Deshalb wollen wir die Leistung kinderreicher Familien stärker anerkennen.

Glückskinder brauchen beste Chancen und beste Bildung

Unsere Kinder könnten Glückskinder sein, sie müssten es eigentlich sogar, weil in Deutschland die Chance hierfür besser ist als fast überall sonst auf diesem Planeten. Allzu oft ist die Bildung aber noch eine Frage der Herkunft. Wenn es vor allem von der Zeit und dem Geld der Eltern abhängt, ob Kinder Chancen nutzen können, ist das nicht unsere Vorstellung eines guten Bildungssystems. Gute Bildung bedeutet: Jedes Kind bekommt von Anfang die Chancen, das Beste aus sich herauszuholen. Unsere Kinder werden schon früh außerhalb der Familie geformt. Damit tragen Krippen, Kindergärten und Schulen eine enorme Verantwortung, denn der Besuch prägt unsere Kinder ein Leben lang. Es ist unsere Aufgabe, sie so auszustatten und zu befähigen, dass bestmögliche Bildung keine Frage von Glück ist, sondern eine Selbstverständlichkeit.

Genauso sehen wir: Längst nicht alle Mädchen und Jungen in unserem Land erleben ihre Kindheit als eine Zeit der Geborgenheit und Möglichkeiten. Es ist die Verantwortung von uns allen, die Augen davor nicht zu verschließen und Hilfe zu suchen, wenn das Wohl eines Kindes in Gefahr ist oder die Schwächsten der Gesellschaft Gewalt erleiden.

Zusammenhalt in Verantwortung bedeutet auch: Menschen mit Behinderung müssen gleichberechtigt in allen gesellschaftlichen Bereichen dazugehören. Sie wollen weder Opfer noch Helden sein, sondern haben genauso vielfältige Fähigkeiten und Bedürfnisse wie alle Menschen.

Wir bewahren Tradition und Geschichte

Gerade wir Christdemokratinnen und Christdemokraten wissen um unsere Kultur, unsere Traditionen und unsere Geschichte. Als wir nach dem Zweiten Weltkrieg zusammenfanden, um ein demokratisches Land mit zu erschaffen, waren viele Christdemokratinnen und Christdemokraten Heimatvertriebene und Flüchtlinge. Sie haben einen großen Anteil am Wiederaufbau und stehen für eine geglückte Integration in einer schwierigen Zeit.

Wir vergessen aber auch nie, dass der Grund für die Vertreibung nicht im Ende des Krieges zu sehen ist, sondern in seinem Anfang und im Beginn der Gewaltherrschaft, die dorthin führte. Unser historisches Erbe nehmen wir an. Daraus erwächst eine Verantwortung für uns und nachkommende Generationen und ebenso die Pflicht, unsere Erinnerungskultur zu pflegen.

Verantwortung für die Shoah

Die nationalsozialistische Herrschaft hat großes Leid und millionenfachen Tod über Deutschland, Europa und die Welt gebracht. Der Zivilisationsbruch der Shoah ist und bleibt ein einzigartiges Menschheitsverbrechen, ein Symbol für unfassbare Grausamkeit und die Missachtung menschlicher Würde. Das „Nie wieder“ ist unsere Verantwortung. Sie leitet auch unser Handeln für das Morgen. Dabei wird in Zukunft besonders das Wachhalten und Weitertragen der Erinnerungen von Zeitzeugen noch wichtiger werden.

Nein zu Extremismus jeder Art.

Auch die zweite Diktatur des 20. Jahrhunderts auf deutschem Boden hat Menschen mundtot gemacht, eingesperrt und getötet. Die DDR war ein Unrechtsstaat. Für seine ideologischen Umerziehungsversuche nahm der Kommunismus einen Teil unseres Volkes 40 Jahre lang als Geisel – und ging am Ende daran zugrunde.

Wir Christdemokratinnen und Christdemokraten treten allen entgegen, die die Würde des Menschen verachten oder sogar bereit sind, Gewalt auszuüben und zu morden. Dies geschieht auch, weil Undenkbares wieder gedacht und Unaussprechliches wieder ausgesprochen wird. Gerade in den sozialen Netzwerken ist die Hemmschwelle gesunken. Wir müssen jede Art von Extremismus bekämpfen. Jeder Angriff auf die Freiheit und die Würde von Menschen ist ein Angriff auf uns alle. Deshalb müssen Demokratie und Rechtsstaat wehrhaft sein.

Unsere Demokratie, das Gewaltmonopol des Staates und der Rechtsstaat werden von Teilen unserer Gesellschaft abgelehnt. Es gibt Gruppen, die die Gesetze unseres Landes ablehnen, eigene quasi-staatliche Strukturen aufbauen und sich kulturell oder wirtschaftlich abgrenzen wollen – wie sogenannte Reichsbürger oder kriminelle Clans. Und es gibt Menschen und Organisationen, die völkischem Gedankengut anhängen und es propagieren. Dies ist mit unserem christlichen Menschenbild unvereinbar. Dagegen kämpfen wir.

Mund aufmachen gegen Hass und Hetze

Als Nation sind wir auch eine Sprachgemeinschaft. Sprache ist das Medium unserer Kommunikation und Teil unserer Identität. Sie macht es uns möglich, Gedanken und Gefühle mitzuteilen und zu verstehen. Unsere Demokratie lebt davon, dass jeder von uns seine Meinung einbringen kann und sie nutzt. Mit der Digitalisierung haben wir Möglichkeiten des Aufeinanderzugehens und Zusammenrückens wie noch nie. Viele von uns leben mittlerweile in einer Welt, die digital und analog zugleich ist. Noch nie war der Austausch mit so vielen so einfach, und noch nie haben wir mehr kommuniziert. Noch nie war es leichter, seine Meinung zu sagen und sich für politische Anliegen zu vernetzen. Noch nie war die Öffentlichkeit in unserem Land vielfältiger, vielstimmiger. Wir hören aber auch den Hass und die Hetze. Wir müssen uns zu Wort melden – und dabei brauchen wir im Kampf gegen Hass und Hetze einen starken Rechtsstaat. Das *Wir* darf nicht verstummen.

Ein freies Land braucht freie Presse

Als unsere Partei gegründet wurde, gab es Zeitungen, Radio, Flugblätter und Plakate an Litfaßsäulen. Dann wurde das Fernsehen bunt und war öffentlich-rechtlich oder privat organisiert. Unsere Demokratie

braucht Medien, sie braucht Meinungs- und Pressefreiheit. Dieses hohe Gut darf nicht missbraucht werden. Um dies zu verhindern, braucht es eine selbstbewusste, offene und vielfältige Meinungsbildung – das gilt für den öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunk, für Zeitungen genauso wie für Digitalplattformen.

Unser C ist eine Einladung

Auch unsere Gesellschaft hat sich in den vergangenen Jahrzehnten verändert. Frauen und Männer mit ganz unterschiedlicher Biografie und Herkunft sind zu uns gekommen. Sie haben in unserem Land ihre neue Heimat gefunden. Einheit in Vielfalt ist das, was Deutschland kulturell und menschlich auszeichnet.

Seit unserer Gründung stehen wir Christdemokratinnen und Christdemokraten für Offenheit und das Miteinander-Reden, für Zusammenhalt aus Verantwortung. Nach dem Zweiten Weltkrieg überwanden in unserer Partei Katholiken und Protestanten ihr vermeintliches Gegeneinander und entdeckten die Gemeinsamkeiten politischen Handelns, weil sie das christliche Menschenbild vereinte. Sie reichten einander die Hand und schufen eine Union, die bis heute christlich und demokratisch ist. Die christliche Botschaft ist immer eine Botschaft des Dafür: Sie spricht eine Einladung aus, und diese Einladung richtet sich an alle, die sich zu unserem Land, seinen Werten, seiner Geschichte und Kultur bekennen.

Wer etwas für andere macht, macht etwas für alle

Zusammenhalt aus Verantwortung – das ist der Abend, den wir im Kirchenchor verbringen. Das sind unsere Wochenenden auf dem Fußballplatz oder der Trainerbank. Das sind die vielen Vereine vom Spitzen- bis zum Breitensport. Das sind die Stadtteilfeste oder die Essenausgaben der Tafeln. Das sind die Freiwilligen Feuerwehren, die Frauen und Männer im Katastrophenschutz und vieler Hilfsorganisationen überall im Land. Das ist der Student, der beim Nachbarn anklopft, weil er das Gefühl hat: Da ist jemand einsam. Wir wissen auch: Einsamkeit ist keine Frage des Alters. Deshalb brauchen wir für ein gutes Miteinander der Generationen Orte, an denen wir uns – alt wie jung – treffen und gegenseitig unterstützen.

Unterstützung brauchen wir gerade in existenziellen Situationen. Wir wollen am Ende unseres Lebens ohne Angst aus dieser Welt gehen. Deshalb sind wir auch dankbar, wenn unser Leiden gelindert wird und wir Trost und menschliche Nähe erfahren. Diesen großen Dienst leisten Hospize. Jede Form von geschäftsmäßiger Sterbehilfe lehnen wir strikt ab – auch beim assistierten Suizid. Dem Leben ein Ende zu setzen darf niemals eine medizinische Behandlung wie jede andere sein. Für uns ist es eine Frage der Menschlichkeit unserer Gesellschaft, dass Menschen am Ende ihres Lebens an der Hand eines Menschen und nicht durch die Hand eines anderen sterben.

Mehr ist immer möglich, das gilt auch für die Anerkennungskultur für die Heldinnen und Helden der modernen Gesellschaft. Das ehrenamtliche Engagement ist nach wie vor ungleich verteilt. Je wohlhabender eine Region oder Stadt ist, umso mehr Menschen bringen sich ein. Gerade Frauen und Männer aus bildungsfernen und einkommensschwächeren Milieus trauen sich ein solches Engagement oft nicht zu. Das muss sich ändern. Unser Land braucht mehr Vielfalt auch im Ehrenamt.

„Wir wählen die Freiheit!“

Das Leben, das wir alle führen, ist zum großen Teil das Ergebnis eigener Entscheidungen. Diese Freiheit bedeutet zugleich Verantwortung, und wir alle übernehmen sie – für uns selbst und für andere, unsere Freunde, Nachbarn, Kollegen und Familien. Das ist unsere gemeinsame, uns alle verbindende Vorstellung von einer Zukunft, die lebenswert ist. Diese gemeinsame, uns alle verbindende Vorstellung sehen wir, wenn wir zurückschauen, und wir sehen sie heute, weil sie von Generation zu Generation weitergegeben wird. Diese Vorstellung von Zukunft ist zugleich unser Versprechen als Christlich Demokratische Union Deutschlands. Auch wir geben sie – seit 1945, unserem Gründungsjahr – von Generation zu Generation weiter.

III. Der Staat, der *Wir* alle sind

Unser Land hat in den vergangenen Jahrzehnten einen beispiellosen Individualisierungsschub erlebt. Wir sehen so viele verschiedene Gruppen und Milieus, Mentalitäten, Lebensstile und Identitäten wie noch nie. Wir haben die Fremdbestimmtheit hinter uns gelassen, die frühere Generationen noch kannten, und an ihre Stelle die Freiheit gesetzt, eigene Entscheidungen zu treffen.

Frauen verdienen mehr

Söhne müssen schon lange nicht mehr den Beruf ihrer Väter und Großväter lernen. Töchter leben längst selbstverständlich das, was für ihre Mütter noch Errungenschaften waren und für Großmütter Träume. Sie haben die besseren Schulnoten und die besseren Uni-Abschlüsse. Aber wir sehen sie viel zu wenig in den Führungsetagen. Die Benachteiligung von Frauen ist nicht akzeptabel. Gerade wir Christdemokratinnen und Christdemokraten stehen dafür, dass sich Leistung und Erfolg auszahlen müssen – in Positionen und Gehältern.

Ein starker Staat hält Widerspruch aus

Nicht jeder Staat fühlt sich dem Streben nach dem Allgemeinwohl verpflichtet. Deutschland schon. Nicht jeder Staat lässt sich kritisieren. Deutschland schon. Nicht jeder Staat ist eine Demokratie. Deutschland schon. Unser Staat und unsere Demokratie stehen in einem Systemwettbewerb. Autoritär geführte Länder stellen sich leistungsstark dar und geben sich selbstbewusst. Die Demokratie, die mit dem Zusammenbruch des Kommunismus vielen als Staatsform der ersten Wahl galt und einen Höhenflug erlebte, wird inzwischen zurückgedrängt: Auf der Welt gibt es heute weniger demokratische Länder als noch zur Jahrtausendwende, und viele sind an dem gescheitert, was Demokratie ausmacht: das Streiten um den besten Weg, die beste Lösung, das Überzeugen, die Akzeptanz von Mehrheitsentscheidungen, der Schutz von Minderheiten. Stark ist ein Staat, der diesen Meinungskampf aushält und die freie Willensbildung wertschätzt.

In unserer repräsentativen Demokratie können sich einzigartige Fähigkeiten entfalten: Ausgleich der Interessen, friedliche Konfliktregelung

und Gleichgewicht der politischen Kräfte. Volksentscheide sind deshalb kein Ersatz für parlamentarisches Ringen. Sie haben nicht die gleiche demokratische Legitimation wie die aus Wahlen hervorgegangenen Parlamente. Gewählten kommt eine besondere Verantwortung und zugleich eine Rechenschaftspflicht gegenüber dem Volk zu, das ihnen mit seiner Stimme das Vertrauen ausspricht oder entzieht. Doch allein der Verweis darauf stärkt unsere repräsentative Demokratie nicht. Nur aus sich selbst heraus und mit den Leistungen, die sie ermöglicht, kann sie immer wieder neu überzeugen.

Ohne Parteien geht's nicht!

Das Miteinander des politischen Meinungskampfes braucht Parteien. Ohne sie käme es seltener zu notwendigen versöhnenden Kompromissen in Parlamenten. Sie bündeln Meinungen, suchen Gemeinsamkeiten und ermöglichen damit Mehrheitsbildung. Auch Verbände und Vereine, Bürgerinitiativen und Bewegungen tragen zum Gelingen der parlamentarischen Demokratie bei, weil sie an der Willensbildung mitwirken.

Gleichzeitig sind weniger Menschen bereit, sich so einzubringen, wie es Parteistrukturen vorsehen. Das können wir Christdemokraten bedauern. Wir können den Zeigefinger heben und belehren. Demokratie bedeutet aber auch: Der andere könnte Recht haben. An dieses Prinzip müssen wir uns selbst halten. Wir sehen doch: Gerade junge Menschen fühlen sich auf der Straße, auf Twitter und Instagram wohler als im Sitzungssaal. Für sie unterscheidet sich Party von Partei durch mehr als ein paar Buchstaben, und was bei uns die Umlaufmappe ist, ist bei ihnen das Daumen-Hoch in der WhatsApp-Gruppe. Sie engagieren sich gesellschaftspolitisch, wie es ihren Vorstellungen entspricht.

Wir kommen zu euch

Deshalb sagen wir als CDU nicht nur: Kommt zu uns. Kommt zu unseren Bürgersprechstunden, kommt zu unseren Parteiveranstaltungen. Wir werden auch viel öfter sagen: Wir kommen zu euch. Unser Staat und unsere Demokratie werden eines Tages von diesen jungen Menschen getragen und gestaltet werden. Unser Anspruch ist es, ihnen frühzeitig eine politische Heimat anzubieten, damit sie diese große Aufgabe als Christdemokratinnen und Christdemokraten übernehmen.

Was wir vom Staat erwarten

Sprechen wir über den Staat, dann sprechen wir darüber, wie wir ihn gestalten wollen und was wir von ihm erwarten. Es liegt an uns allen, seine Rolle, seine Befugnisse und Präsenz zu beschreiben. Jeder Einzelne von uns verortet den Staat und weist ihm im eigenen Leben einen Platz zu. „Der Staat darf nicht …“, sagen wir oft. Oder: „Der Staat muss …“ Wie wir diese Sätze vollenden – das hängt von uns ab und von der Welt um uns herum. Wir projizieren Sehnsüchte, Träume und Hoffnungen, Vertrauen und Zweifel auf ihn und überfordern ihn oft damit.

Ein starker Staat ist kein allmächtiger Staat

Der Staat übernimmt für jeden Einzelnen von uns und für unsere Gemeinschaft Aufgaben. In einer Zeit, in der Veränderungen so rasant stattfinden wie nie zuvor, muss auch er sich umstellen. Er muss sich stärker für Veränderungen öffnen und Schritt halten mit technologischen Entwicklungen. Denn wir erwarten mit Recht, dass er leistungsfähig ist und diese Aufgaben zu unserer Zufriedenheit erfüllt. Wir alle formulieren unsere Interessen, Meinungen und Überzeugungen ganz selbstverständlich. Wir sind es gewohnt, unser Anderssein zu leben, die eigene Besonderheit darzustellen und unsere Bedürfnisse zu formulieren. Der Staat muss diese laute Vielfalt, die Spannungen erzeugt, aushalten. Er kann nicht immer den Wunsch jedes Einzelnen erfüllen, weil er immer das Wohl aller im Blick hat.

Unser Staat muss da sein, wenn wir ihn brauchen

Das Gewaltmonopol und die Verantwortung für Recht und Ordnung obliegen dem Staat. Handlungsfähig bedeutet nicht zuständig für alles. Aber er muss da sein, wenn wir ihn brauchen. Wenn sich die Welt um uns herum verändert, wenn sie erzittern lässt, was wir uns aufgebaut haben – dann sehen wir den Staat mit anderen Augen. Wir erkennen in ihm eine Schutzmacht.

Unser Staat ist nicht vollkommen. Er kann es nicht sein, weil Menschen immer unvollkommen sind, und jeder Staat auf dieser Erde ist von Menschen gemacht. Als Christdemokratinnen und Christdemokraten wissen wir um diese Unvollkommenheit. Deshalb kann der Staat auch nie Erlösung versprechen – und darf dies auch nicht.

Verantwortung vor Gott und den Menschen

Unser Grundgesetz weist in seiner Präambel darauf hin, dass es sich das deutsche Volk im „Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen“ gegeben hat. Das ist weder eine hohle Phrase noch Frömmelei. In diesem Geist, der sich aus den jüdischen und christlichen Wurzeln Europas speist, hat sich in der Bundesrepublik ein ganz besonderes Verhältnis zwischen Staat und den Religionsgemeinschaften herausgebildet. Dieses Verhältnis ist für uns ein wertvoller Schatz.

In besonderer Prägung zeigt sich dieser Schatz im Verhältnis unseres Staates zu den christlichen Kirchen. Sie stiften Identität und stellen sich in den Dienst der Allgemeinheit – mit Schulen und Krankenhäusern, mit Pflegediensten und Suppenküchen, mit Sterbebegleitung und Militärseelsorge. Vor allem sind sie Orte, an denen Menschen Orientierung, Trost und religiöses Leben finden können. Sie halten das Bewusstsein wach, dass es etwas gibt, das über uns Menschen hinausgeht.

Unser besonderes Verhältnis zwischen Staat und Religionsgemeinschaften zieht die nötige Trennlinie: Weder darf der Staat zur Religion werden, noch darf Religion staatliche Hoheit beanspruchen. Dieses Verhältnis lebt von gegenseitiger Anerkennung und Wertschätzung. Religion hat einen festen Platz im öffentlichen Raum – ob es das Glockengeläut, das Gipfelkreuz oder Kirchentage sind. Ob das die Synagogen oder die Moscheen sind.

Unser Land ist vielfältiger geworden – und auch das religiöse Leben in Deutschland. Das geht weit über Christen, Juden und Muslime hinaus und ist für uns alle ein Gewinn, wenn es auf dem Boden unseres Grundgesetzes und unserer Werte stattfindet. Unser Rezept dafür ist das gewachsene und kluge Religionsverfassungsrecht unseres Landes. Auf dieser Grundlage wollen wir die religiöse Vielfalt gestalten.

Wir betrachten es dabei als besonderes Geschenk, dass jüdisches Leben ein Zuhause in unserem Land hat – Schulen, koschere Restaurants,

Sportvereine und vieles mehr. Dieses Leben verdient selbstverständlich Schutz. Wir sind aber erst dann wirklich am Ziel angekommen, wenn es keinen Antisemitismus mehr in Deutschland gibt. Wir wollen ein Deutschland, in dem Synagogen nicht durch die Polizei beschützt werden müssen. Die Vielfalt aller Religionen kann sich erst dann ganz selbstverständlich entfalten, wenn der Staat für deren Repräsentanten oder Einrichtungen keinen besonderen Schutz mehr übernehmen muss.

Der Staat, das sind wir alle

Der Staat ist kein allmächtiges Wesen, sondern ganz konkret von vielen Menschen getragen. Und das sind nicht die da oben.

Der Staat, das ist der Verwaltungsfachangestellte im Bürgeramt. Er ruft eine Nummer auf und hat dann einen Menschen vor sich sitzen, der eine staatliche Dienstleistung in Anspruch nimmt – und diese auch zügig, unkompliziert und verständlich erhalten sollte.

Der Staat, das sind die Polizistin und ihr Kollege auf Streife. Zwei, die auf der Polizeischule gelernt haben, dass das Gewaltmonopol in ihren Händen liegt, dass sich der Staat schützend vor die Menschen stellt und Recht und Gesetz durchsetzt.

Der Staat, das ist der Lehrer, der jeden Tag darum kämpft, dass den Mädchen und Jungen etwas gelingt, das gerecht ist: Aufstieg durch Bildung.

Der Staat, das ist auch die Kommunalpolitikerin, die sich für ihre Heimat ehrenamtlich engagiert, weil sie weiß: Probleme vor Ort werden am besten von Menschen gelöst, die selbst vor Ort sind und sich auskennen. Sie engagiert sich neben Beruf und Familie und besucht Jugendklubs oder Pflegeheime. Abend für Abend ist sie nach ihrem Acht-Stunden-Tag unterwegs und diskutiert im Bauausschuss bis kurz vor Mitternacht über neue Funkmasten.

Sicherheit ist großartig. Aber sie ist nicht großartig, weil wir das sagen.

Föderalismus ist großartig. Aber er ist nicht großartig, weil wir das sagen.

Subsidiarität ist großartig. Aber sie ist nicht großartig, weil wir das sagen.

Sicherheit und Freiheit gehören zusammen

Wir leben in einem der sichersten Länder der Welt, und selbstverständlich ist das nicht. Und wir leben in einem der freiesten Länder der Welt, und auch das ist nicht selbstverständlich. Freiheit braucht Sicherheit, und Sicherheit braucht Freiheit.

Das Sicherheitsbedürfnis und das Freiheitsbedürfnis gleichermaßen zu stillen ist ureigene Aufgabe des Staates. Und das jeden Tag. Dass uns das gelingt, verdanken wir der guten Arbeit von Justiz- und Sicherheitsbehörden und der Polizei. Daran hängt wesentlich das Vertrauen in den Staat. Die Frauen und Männer, die für unsere Sicherheit und Freiheit sorgen, verdienen Wertschätzung und Schutz vor Angriffen. Für uns sind die Polizistinnen und Polizisten Freund und Helfer. Die, die uns und unseren Rechtsstaat schützen, müssen Straftätern schnell und konsequent entgegengetreten können. Sie verdienen es, ihre Arbeit gut machen zu können. Sie verdienen es, für neue Gefahren gerüstet zu sein und moderne technische Ermittlungsmethoden nutzen zu können, damit Verbrechen schneller aufgeklärt werden. Wir brauchen auch eine engere Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden bei der inneren und äußeren Sicherheit und Steuerungsrechte des Bundes bei Extremlagen.

Föderalismus bedeutet: von den Besten lernen

Föderalismus ist Ausdruck von kulturellem und geschichtlichem Selbstverständnis und Identität. Es ist Ausdruck unseres Föderalismus, dass er Heimat wertschätzt. Er ermöglicht Entscheidungen, die auf die Vielfalt unseres Landes, seine regionalen und lokalen Besonderheiten eingehen. Sein Wettbewerbsgedanke hilft dabei, die besten Lösungen für unser Land zu finden. Manchmal sehen wir aber: Anderswo sind die Schulen besser. Anderswo kann die Polizei besser ermitteln. Anderswo entstehen mehr Arbeitsplätze. Und wir fragen uns: Warum? Warum nicht hier bei mir, nicht in meinem Bundesland? Föderalismus bedeutet: den Wettbewerb annehmen und von den Besten lernen; ihnen nacheifern und ihre guten Ideen selbst vor Ort umsetzen und dort, wo es nötig ist, einheitliche Standards vereinbaren.

Zusammenleben vor Ort gestalten

Subsidiarität – privat vor Staat, klein vor groß – stärkt idealerweise die Eigenverantwortung. Sie beruht auf der Überzeugung, dass wir Menschen fähig sind, unser Zusammenleben selbst zu gestalten – sei es in der Familie, in der Nachbarschaft oder in der Gemeinde. Über Straßenlaternen, den Zebrastreifen vor dem Kindergarten, ein neues Feuerwehrauto – darüber muss nicht zentral in Berlin entschieden werden. Aber wer Aufgaben wahrnehmen soll, muss Aufgaben erfüllen können. Dazu gehört dann auch, dass Gemeinden und Länder mehr Verantwortung für ihre Steuereinnahmen übernehmen können.

Ein gutes Leben überall in Deutschland

Menschen sollen überall Heimat leben können – und ihre Heimat gestalten, wie sie es sich vorstellen. Denn nur, wenn sie das können, bleiben sie, gründen eine Familie, bauen ein Haus oder machen sich selbstständig. So bewahren wir die kulturelle Vielfalt.

So unterschiedlich die Regionen auch sind, so sehr sind sie auch Teil eines Ganzen. Diese Vielfalt darf unser Land nicht trennen, und deshalb sind gleichwertige Lebensverhältnisse unser Anspruch. Wenn uns das gelingt, bleiben Dörfer, Kleinstädte und Metropolen gleichermaßen attraktiv.

Menschen verdienen es, überall bei uns im Land das zu finden, was sie brauchen: eine Arbeit, mit der sie ihren Lebensunterhalt sichern, ein bezahlbares Zuhause für die Familie, einen Arzt, eine Schule für die Kinder. Gleichwertige Lebensverhältnisse bedeutet auch: gute Straßen, moderne Busse, zuverlässige Züge und schnelles Internet – und zwar überall. Auch Sparkassen, Supermärkte und Schwimmbäder gehören zu einer lebenswerten Region dazu; genauso wie Museen, Schauspiel, Tanz und Konzert, die das Gesicht unserer Landesteile und Städte prägen. Das wollen wir auch für die kommenden Generationen sichern.

Gleichwertige Lebensverhältnisse sind 30 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer keine Frage der Himmelsrichtung mehr. Der Aufbau Ost war eine Gemeinschaftsleistung des vereinten Volkes. Er hat uns gezeigt, was wir leisten können, wenn wir gemeinsam als Wir handeln.

Nur mit gleichwertigen Lebensverhältnissen kann es auf Dauer gelingen, dass Menschen gut dort leben, wo sie es wollen: in der Stadt oder auf dem Land. Wir wollen dafür sorgen, dass strukturschwache Regionen durch mehr Freiräume und attraktive Investitionsbedingungen die Chance bekommen, neue Stärke zu entwickeln.

Gemeinsam den Rechtsstaat verteidigen

Der Staat, das sind wir alle. Er lebt mit uns und von uns. Jeder von uns repräsentiert und trägt ihn. Nur in einem Staat, der eine Demokratie ist, ist dies möglich – so viel Nähe, so viel Mitsprache und Einfluss, so viel Freiheit und Verantwortung. Er gibt es zurück, indem er funktioniert. Das macht ihn robust. Wir sind aufgerufen, immer wieder für einen funktionierenden demokratischen Rechtsstaat zu arbeiten.

IV. Der neue Wohlstand, den *Wir* schaffen wollen

Wirtschaft ist so viel mehr als der Teil hinten in der Tageszeitung oder die Theorie von Angebot und Nachfrage im Sozialkundeunterricht. Wir begegnen ihr jeden Tag. Sie schneidet unsere Haare und backt unsere Brötchen, wir starten ihre Motoren und Maschinen. Wirtschaft ist die Brille auf unserer Nase und die Armbanduhr, der Rock und die Hose. Wirtschaft ist die App auf unseren Smartphones, die Navigation im Auto und der Mikrochip in unseren Waschmaschinen. Wirtschaft ist der mittelständische Weltmarktführer, der Handwerksbetrieb und das Start-up, die Solo-Selbstständige, die Industrie und das Familienunternehmen in fünfter Generation. Die Wirtschaft ist mit uns verwoben, jeder ist ein Teil von ihr.

Genauso ist die Soziale Marktwirtschaft ein Teil von uns. Wir sehen sie, wenn wir die Chancen nutzen, die jeder Einzelne von uns hat. Wir fühlen sie, wenn wir gestützt werden und Zusammenhalt erleben. Wir hören sie als Stimmen nachfolgender Generationen, die uns sagen: Ihr seid hier nicht die Letzten. Also lebt und wirtschaftet so, dass auch die es guthaben, die nach euch kommen!

Wohlstand für alle!

Die Soziale Marktwirtschaft hat ihr Versprechen für die meisten Menschen erfüllt: Von Generation zu Generation ist unser Wohlstand gewachsen. Längst verbinden wir damit nicht mehr nur materiellen Wohlstand, sondern auch Lebensqualität und einen nachhaltigen Umgang mit unseren natürlichen Lebensgrundlagen. Unsere Soziale Marktwirtschaft überzeugt jedoch nicht alle. Die einen rufen nach mehr Staat, die anderen nach mehr Markt. Da ist die Furcht, zu verlieren, was man sich erarbeitet hat, und das Gefühl, Wachstum komme immer nur bei anderen an. In Zeiten einer Krise ist das auch die Frage, ob der eigene Arbeitsplatz, der des Partners oder des Kindes sicher ist.

Seit Ludwig Erhard sind wir die Partei der Sozialen Marktwirtschaft. Sie ist die beste Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung für alle Menschen, die in Freiheit, Sicherheit und Wohlstand leben wollen. Sie neidet nicht dem Erfolgreichen die Früchte seiner Arbeit, sondern will möglichst

vielen Menschen die Chance geben, sich etwas aufzubauen, am wachsenden Wohlstand teilzuhaben und nach eigenen Vorstellungen gut zu leben. Nur wenn das gewährleistet wird, bleibt die Soziale Marktwirtschaft stark und kann auch ihre Zweifler überzeugen.

Stimmt der Wirtschaftsstandort, stimmen die Arbeitsplätze

Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer, er war es nie, nirgendwo. Diese Lektion aus der Geschichte haben wir gelernt. Er muss Leitplanken setzen und dort eingreifen, wo Menschen seinen Schutz brauchen. Auch in Zukunft benötigt unser Land Eigenverantwortung und Freiräume, so viel unternehmerische Freiheit und so wenig Bürokratie wie möglich. Wir setzen auf Anreize und nur dort, wo unabdingbar, auf Verbote. Darin drückt sich das Vertrauen in Menschen aus.

Wir wollen Deutschland als international führenden Wirtschaftsstandort stärken. Unternehmen, die in unserem Land zu Hause sind, sichern unseren Wohlstand und unsere Arbeitsplätze. Mit unseren klugen Köpfen, unserem sozialen Rechtsstaat und unserer guten Infrastruktur können wir punkten. Steuern und Abgaben dürfen aber nicht so belastend werden, dass Unternehmen lieber anderswo investieren und Arbeitsplätze schaffen.

Deutschlands Wirtschaft braucht die besten Köpfe und die fleißigsten Hände. Dafür vertrauen wir auf die gut ausgebildeten Menschen in unserem Land. Wir werben auch in Europa und weltweit um sie. Wer im weltweiten Wettbewerb für Fachkräfte attraktiv ist, hat einen Standortvorteil.

Soziale Marktwirtschaft steht für fairen Wettbewerb ohne Monopole und Kartelle. Denn nur so entstehen neue, bessere Produkte und Dienstleistungen. Was heute noch Luxus für wenige Menschen ist, wird morgen schon erschwinglich für viele.

Erwirtschaften kommt vor Verteilen

Wir Christdemokraten wurden für das Festhalten an der Schuldenbremse belächelt und kritisiert. Die Schwarze Null ist Generationengerechtigkeit – eine Zukunftspolitik für die Menschen im Land, die das Leben noch vor sich haben: unsere Kinder und Enkel. Wir dürfen die finanzielle Leistungsfähigkeit unseres Staates nicht überdehnen.

Damit der Staat handlungsfähig ist, braucht er Einnahmen aus Steuern, Beiträgen und Abgaben, die von fleißigen Menschen Tag für Tag erarbeitet werden. Sie haben ein Anrecht darauf, dass so viel wie möglich von ihrem Einkommen im eigenen Portemonnaie bleibt. Als Christdemokraten fühlen wir uns dem Ziel besonders verpflichtet, alle staatlichen Aufgaben immer wieder zu prüfen, und wo Spielräume entstehen, Abgaben zu senken. Nur mit dem Fleiß, dem Leistungswillen und der Leistungsbereitschaft der Millionen Frauen und Männer gibt es auch in Zukunft Wohlstand – für den Einzelnen und unser Land.

Heute erschaffen und bauen, was unser Land morgen braucht

Zur Generationengerechtigkeit gehört auch, dass wir heute erschaffen und bewahren, was morgen unsere Kinder brauchen und übermorgen unsere Enkel. Dazu zählen schnelles Internet, Kindergärten, Schulen und Universitäten, Straßen, Radwege und Schienen, Kultur- und Freizeitangebote. Große Bauvorhaben oder Verkehrsprojekte sind für Generationen gedacht; es darf aber keine Generation dauern, bis sie gebaut sind. Wir müssen schneller planen und genehmigen.

Der Sozialstaat schützt vor Lebensrisiken

Die Soziale Marktwirtschaft ist stark, weil sie vor dem Vorhersehbaren und vor dem Unvorhersehbaren schützt. Wenn ein Facharbeiter in der Industrie seinen Job verliert, fängt ihn die Arbeitslosenversicherung auf, und die Agentur für Arbeit hilft wieder, einen neuen Job zu finden. Wenn der Handwerker auf dem Weg zur Arbeit einen Unfall hat, springt die Unfallversicherung ein. Falls der Weg zurück zur Arbeit verbaut ist, stehen Angebote bis zur Erwerbsminderungsrente bereit. Und auch wenn ein Schicksalsschlag einen Menschen völlig aus der Bahn wirft oder das Geld nicht mehr für das Nötigste reicht, fängt ihn der Sozialstaat auf. Die Soziale Marktwirtschaft erfüllt den Anspruch, dass die Stärkeren auch den Schwächeren ein Leben in Würde ermöglichen. Das ist gelebte Solidarität, und damit unterscheiden wir uns von vielen anderen Nationen auf der Welt.

Den Generationenvertrag stärken

Die Soziale Marktwirtschaft ist dann stark, wenn sie bei der guten Absicherung der Lebensrisiken auch an die Kinder und Enkel denkt. Wir sehen die Lebensleistung eines jeden Menschen. Und wir sehen, wie viel die ältere Generation im Ehrenamt oder für ihre Kinder und Enkel

leistet. Doch weil wir länger leben und weniger Kinder haben, kann die gesetzliche Rente allein nicht mehr den Lebensstandard im Alter sichern. Deshalb wollen wir die sogenannten drei Säulen, die gesetzliche Rente, die betriebliche und die private Rente, weiter stärken. Und wir werden noch mehr den Einzelnen sehen. Es gibt Frauen und Männer, die länger arbeiten wollen, es aber bisher nicht können. Wir wollen ein Rentensystem, das unterschiedliche Bedürfnisse und Lebenslagen berücksichtigt und mehr Flexibilität zulässt.

Weltbeste Gesundheit für jeden

Deutschland hat eines der weltbesten Gesundheitssysteme. Ob Bewohner eines Pflegeheimes oder Frühchen, ob Privatversicherter oder Gesetzlich Versicherter, ob werdende Mutter oder Dialyse-Patient: Auch in Zukunft sollen sich alle Menschen darauf verlassen können, dass sie gut versorgt und behandelt werden. Wir meinen damit auch: erreichbar und bezahlbar. Je vernetzter unser Gesundheitssystem ist, desto besser kann dieser Anspruch eingelöst werden. Vernetzt heißt für uns dabei: Hausärzte arbeiten zusammen mit ambulanten Pflegediensten, Krankenhäuser mit Pflegeheimen, Dialysezentren mit niedergelassenen Fachärzten. Vernetzung bedeutet auch, dass Daten zum Wohle der Patienten zwischen Ärzten, Krankenhäusern und weiteren Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen sicher und geschützt ausgetauscht werden können.

Für eine gute Pflege heute und in Zukunft

Ältere wollen so lange wie möglich zu Hause leben, und das hat für uns auch in Zukunft Vorrang vor stationärer Betreuung. Pflegende Angehörige – Partner genauso wie Kinder oder Enkel – leisten hier viel. Sie kaufen ein und kochen, sie waschen und begleiten zum Hausarzt. Vor allem sind sie: vertraute Gesichter und bekannte Stimmen, Lebensmenschen, deren Fotos an der Wand über dem Sofa hängen. Sie tragen damit zum Zusammenhalt und einer menschlichen Gesellschaft bei. Zugleich müssen wir auch sagen: Nur wenn wir privat vorsorgen, können wir in Zukunft die Pflege auf dem hohen Niveau halten.

Unser Standortvorteil: Eine starke Tarifpartnerschaft

Die Soziale Marktwirtschaft ist dann stark, wenn Solidarität die Starken nicht überfordert. Leistung muss sich immer lohnen: Wer hart arbeitet, muss mehr verdienen, als wenn er nicht arbeiten würde. Den

Lohn auszuhandeln ist Aufgabe von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften. Wir stehen dafür, dass sich Arbeitnehmer darauf verlassen können, dass sie am Arbeitsplatz keinen unnötigen Gefahren ausgesetzt werden, dass sie nicht von heute auf morgen entlassen werden können, dass ihre Arbeitszeiten und Pausen geregelt sind und sie vor Ausbeutung und unfairen Löhnen geschützt werden. Eine starke und funktionierende Tarifpartnerschaft trägt zu guten Löhnen bei und sichert den sozialen Frieden. Das ist ein Standortvorteil Made in Germany.

Wirtschaft im Aufbruch

Die Soziale Marktwirtschaft ist stark, wenn wir die Chancen der digitalen Transformation nutzen. Industrie 4.0 bezeichnet die vierte industrielle Revolution, die von der Vernetzung intelligenter Maschinen und Abläufe geprägt ist. Das Internet der Dinge oder die Maschine-zu-Maschine-Kommunikation lassen eine industrielle Fertigung entstehen, die moderner und komplexer ist als je zuvor. Diese technologischen Innovationen verändern nicht nur die Industrie, sondern die gesamte Arbeits- und Wirtschaftswelt. Diesen Wandel gestalten wir mittels einheitlicher Standards, leistungsfähiger Kommunikationsnetze, belastbarer IT-Sicherheit, neuer Arbeitsformen, guter Bildung und exzellenter Forschung.

Die Soziale Marktwirtschaft ist stark, wenn sie neue Geschäftsmodelle anerkennt, die das Bedürfnis nach günstigen und schnellen Lösungen aufgreifen. Man muss das Auto nicht mehr besitzen, um es zu fahren, man kann es sich auch mit anderen teilen. Man muss nicht unbedingt die Bank von einer Idee überzeugen, um einen Kredit zu bekommen, man kann auch selbst nach finanziellen Unterstützern suchen. Digitale Geschäftsmodelle machen oft das Teilen von Wissen und Interessen, von Ideen, Wünschen, Ressourcen und Kapital zur Geschäftsgrundlage und verändern die Art, wie wir kommunizieren und konsumieren, wie wir zusammenleben und zusammenarbeiten können. Solche neuen und innovativen Formen des Wirtschaftens fordern auch unser Verständnis von Unternehmertum heraus. Der weltgrößte Medienkonzern produ-

ziert keine eigenen Inhalte. Der weltgrößte Anbieter von Schlafgelegenheiten besitzt kein eigenes Bett. Der weltgrößte Fahr-Service hat keine eigenen Autos.

Durch die Digitalisierung verfügen wir über noch mehr Produkte, Dienstleistungen und Informationen. Und noch etwas hat sich geändert: Einst waren Daten für Unternehmen die Telefonnummern treuer Kunden und irgendwann die E-Mailadressen für die Weihnachtpost. Heute sind sie ein begehrter Rohstoff und entscheidend für den Erhalt unseres wirtschaftlichen Wohlstands und unserer Wettbewerbsfähigkeit. Dem gegenüber steht ein Datenschutzsystem, das noch weitgehend auf dem Volkszählungsurteil von 1983 beruht, als persönliche Informationen an der Haustür abgefragt und per Stift und Zettel aufgenommen werden sollten. Deshalb halten wir hier eine Anpassung an das digitale Zeitalter für geboten – ohne jedoch die Standards des Datenschutzes abzusenken. Menschen sollen möglichst selbstbestimmte Entscheidungen treffen können – auch und gerade dann, wenn es um ihre persönlichen Daten geht. Dafür müssen sie wissen, wer diese Daten wofür nutzen will. Das ist für uns eine Bedingung kluger Verbraucherpolitik.

Die Soziale Marktwirtschaft ist stark, wenn sie neue Formen des Arbeitens anerkennt, die das Bedürfnis nach mehr Freiheit erfüllen. Nicht alle wollen mit einem festen Vertrag arbeiten, sondern sich einen Job je nach Verfügbarkeit aussuchen. Nicht alle wollen von 9 bis 17 Uhr im Büro sitzen, sondern zeitlich flexibel von zu Hause oder unterwegs arbeiten. Nicht alle wollen eine Lohnerhöhung, sondern die Zeit für Weiterbildung, Familie oder eine Auszeit. Regelungen auf betrieblicher und tariflicher Ebene haben dabei Vorrang vor staatlicher Regulierung.

Nachhaltigkeit Made in Germany

Eine starke Soziale Marktwirtschaft ist zugleich eine ökologische. Wir wollen sie in unserem Land weiterentwickeln und so ein neues Markenzeichen von Made in Germany auf den Weltmärkten schaffen. Klimaschutz ist keine Ideologie, sondern eine Selbstverständlichkeit für Christdemokraten. Schon seit Jahrzehnten sprechen wir von der ökolo-

gischen und sozialen Marktwirtschaft. Und doch waren wir nicht immer Vorreiter, wenn es darum ging, unsere Schöpfung zu bewahren. Klimaschutz ist Heimatschutz, die Liebe zu einem Made in Germany der anderen Art. Made in Germany ist die Sandburg, die das Enkelkind im Sommer am sauberen Ostseestrand vor den Augen seiner Großeltern baut, und der Schneemann im Winterurlaub. Made in Germany ist der Acker, der im Frühjahr blüht und duftet, der Salatkopf vom Bauern aus der Region. Es ist der ländliche Raum, der anders aussieht, riecht und auch tickt. Wir haben die Verantwortung, unseren Kindern und Enkeln diesen Wohlstand und diese Lebensqualität zu hinterlassen. Made in Germany ist Anbau und Abbau, aber kein Raubbau.

Deutschland soll bis 2050 klimaneutral sein. Dabei wollen wir konsequenten Klimaschutz immer zusammen mit wirtschaftlicher Entwicklung und sozialer Sicherheit denken. Dafür müssen wir Anreize schaffen, den Ausstoß von Treibhausgasen zu vermeiden. Wir brauchen möglichst weltweit und überall, im Verkehr, beim Bauen und genauso in der Industrie, ein Preisschild auf Emissionen, das den Klima- und Umweltschäden entspricht. Wir setzen auf saubere Technologien, denn sie sind der bessere Weg als Verbote. Als starke Volkswirtschaft sind wir auch Vorbild für viele andere Länder. Wir gehen voran – und wissen zugleich: Nur wenn die Weltgemeinschaft entschlossen handelt und den weltweiten Ausstoß von Treibhausgasen drastisch reduziert, wird uns der Klimaschutz gelingen. Dabei leiten uns die Pariser Klimaschutzziele.

Unsere Soziale Marktwirtschaft ist stark, wenn wir darauf Acht geben unter welchen Bedingungen und auf wessen Kosten wir unsere Rohstoffe beziehen. Wir wollen viel stärker Rohstoffe wiederverwerten und so weit wie möglich in Kreisläufen wirtschaften.

Energie hält unsere Fabriken und unser Internet am Laufen und unsere Wohnungen im Winter warm. Den Umstieg auf die Erneuerbaren Energien müssen wir schaffen – auch wenn es nicht leicht ist: Wir werden dafür sorgen, dass Energie sauber, sicher und bezahlbar ist. Wenn wir

noch besser beim Speicher- und Netzausbau vorankommen und die Digitalisierung nutzen, wird uns das gelingen.

Unsere Bauern: Wochenmarkt und Weltmarkt

Eine starke, erfolgreiche Wirtschaft ist weltgewandt und heimatverbunden. Wir sehen es in unserer regional verwurzelten bäuerlichen Landwirtschaft: Ihre Betriebe sorgen für gesunde, sichere und bezahlbare Lebensmittel aus deutschen Landen. Unsere Landwirte können Wochenmarkt und Weltmarkt. Sie erschaffen und pflegen seit Jahrhunderten unsere vielfältigen und zum Teil einzigartigen Landschaften mit Feldern, Wiesen, Weiden, Weinbergen und Obstbäumen. Der Bauer der Zukunft arbeitet wieder mehr in Kreisläufen, im Einklang mit der Natur und für das Tierwohl. Damit das gelingen kann, müssen der Einsatz für die Natur und das Tierwohl besonders gefördert und honoriert werden. Deshalb bekennen wir uns zur Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik, die Wettbewerbsfähigkeit mit Umwelt- und Tierschutz verbindet und die Zukunft unserer Landwirtschaft sichert.

Weltmarktführer statt verlängerter Werkbank

Denken wir an die Zukunft, so wissen wir: Ein Weiter-So reicht nicht, das ängstliche Beharren auf dem Status Quo wird nicht genügen. Neuer Wohlstand braucht neues und nachhaltiges Wirtschaften. Wir wollen als Vorreiter zukunftsfähiger Technologien erfolgreich durch die zwanziger Jahre kommen und auch am Ende dieses Jahrzehnts eine starke und innovative Volkswirtschaft sein.

Wir wollen Wertschöpfung in unserem Land behalten und Weltmarktführer sein, wo immer das möglich ist, aber auf keinen Fall die verlängerte Werkbank am Rande, die nur noch zusammenschraubt und zuliefert, was anderswo entwickelt wurde. Auch in Zukunft werden wir die Welt nur mit fairen Löhnen überzeugen können, und das ist unser Anspruch. Exzellent ausgebildete Fachkräfte haben ihren Preis.

Unsere Stärke ist die Qualitätsproduktion, die maßgeschneiderte Ware, die den Bedürfnissen der Kunden entspricht; unsere Stärke als Wirtschaftsnation sind intelligente Maschinen und perfekte Infrastruktur. Unsere Stärke sind die Menschen. In unseren Köpfen ist alles drin,

was es braucht – so viel Kreativität, Erfindungsreichtum und Neugierde, so viel Begeisterung und Lust auf Lösungen. Und mit den Millionen Händen – fleißig und geschickt – lässt sich etwas draus machen. Haben wir Vertrauen in uns! Die Zukunft gehört den Erfindern und Optimisten.

Unser Land profitiert enorm von der über die Welt verteilten Produktion, die die Globalisierung mit sich bringt. Eine Rückkehr zum Protektionismus schadet allen. In unserem Denken und Fühlen muss aber auch Platz sein für neue Erkenntnisse. Eine dieser Erkenntnisse lautet: Wir müssen mehr auf die sichere Versorgung mit lebenswichtigen Produkten achten. Genauso wie wir Technologien in unserer Hand behalten wollen, die über unsere Wettbewerbsfähigkeit entscheiden oder für die Sicherheit unseres Landes zentral sind.

Wir glauben an uns!

Unser Ziel ist, dass die Weltmarktführer von Morgen bei uns gegründet werden – denn das hat Deutschland stark gemacht. Dafür brauchen wir mehr Frauen und Männer, die Neues wagen, ein Unternehmen gründen und bereit sind, Risiken zu übernehmen. Dazu müssen wir allen sagen, dass es kein Makel ist, zu scheitern und neue Chancen wahrzunehmen.

Denn Wirtschaft ist immer auch eines: der Glaube an uns selbst, an jeden Einzelnen, der arbeitet, Entscheidungen trifft und zu Wachstum und Wohlstand beiträgt. Es ist der Glaube daran, dass das, was wir mit unseren Köpfen entwerfen und mit unseren Händen bauen, unserem Land und seinen Menschen hilft. Auf diesem Glauben gründet sich unser Erfolg als starke und innovative Volkswirtschaft seit Jahrzehnten. Auf ihn vertrauen wir auch in Zukunft.

V. Der Fortschritt, den *Wir* wollen

Deutschland ist ein Land der Entdecker, der Neugierigen und der Abenteurer, die sich in die Welt aufmachen. Wir sind ein Land der Wissenschaftler, die nicht ruhen, bis sie angesichts todbringender Krankheiten Heilmittel entwickeln, um Millionen von Leben zu retten. Auf diese Weise haben wir das erste Antibiotikum hergestellt und mit der Bakteriologie die Grundlagen der Seuchenbekämpfung geschaffen. Wir sind Tüftler, die sich eine Idee in den Kopf setzen und dann entgegen aller gutgemeinten Ratschläge solange daran arbeiten, bis sie serienreif ist und Made in Germany draufsteht. Diese Neugier, diesen Pioniergeist, diesen Tatendrang brauchen wir in unserem Land. Denn die Welt wartet nicht auf Deutschland.

Gestern Science Fiction – heute Realität

Nur wenn wir ein Innovationsland sind, angetrieben vom Drang nach neuen Erkenntnissen und Fortschritt werden wir Menschheitsaufgaben lösen, gute und zukunftsfähige Arbeitsplätze, unseren Wohlstand und unsere hohe Lebensqualität sichern können, in Deutschland und darüber hinaus.

Fast täglich kommen neue technologische und soziale Innovationen hinzu, die unser Leben unumkehrbar verändern können. Wir gewöhnen uns daran, dass die Schlagzahl höher und höher wird. Uns überrascht nicht mehr, dass wir mit unserem Smartphone ein Rechenzentrum im Miniformat in der Hand halten, mit dem wir eine Mondlandung steuern könnten, dass Dächer von Hochhäusern genutzt werden, um Felder anzulegen, oder Wohlstand durch das Teilen von Autos oder Musik vermehrt wird.

Niemand weiß, welche Technologien sich durchsetzen werden oder welche bahnbrechenden Innovationen noch auf uns warten. Selbst die besten Zukunftsforscher irren sich. Und dann sind da die ewigen Zweifler, die der Eisenbahn, dem Auto, der Glühbirne und dem Flugzeug bescheinigten, keine Zukunft zu haben. Deshalb tut der Staat gut daran, nicht so zu tun, als könne er in die Kristallkugel schauen, um zu wissen, wie die Zukunft aussieht.

Freiheit für Forschung und Innovation

Der Staat tut gut daran, Forschung und Wissenschaft technologie- und innovationsoffen zu unterstützen. Spitzenforschung entsteht dann, wenn unsere schlauen Köpfe in Freiheit forschen können und wenn sich die exzellenten Köpfe in Europa und der Welt miteinander austauschen können. Nur gemeinsam werden wir die großen Innovationen vorantreiben können, mit denen wir die Menschheitsaufgaben lösen.

„Zukunft" auf dem Stundenplan

In unseren Kindern stecken kleine Entdecker, Forscher oder Weltverbesserer. Wir fördern ihre Leistungsbereitschaft, damit sie ihre individuellen Begabungen nutzen könne. Und jedes Mädchen, jeder Junge verdient die Chance, zur Elite, zu den Besten der Welt zu gehören. Im Klassenzimmer müssen junge Menschen auf eine Welt der rasanten Veränderung vorbereitet werden. Auf den Stundenplänen steht jeden Tag „Zukunft"; das bedeutet, Lust aufs Entdecken, Forschen, Lernen und Ausprobieren machen – gerade in den MINT-Bereichen. Trotz Autokorrektur und Sprachnachrichten bleiben Lesen, Schreiben und Rechnen die wichtigsten Grundfertigkeiten. Kulturelle Bildung ermöglicht unseren Kindern, ihre Persönlichkeit zu entfalten und unsere Gesellschaft zu verstehen.

Für ein Deutschland, in dem jeder alles werden kann

Nicht die Herkunft darf über die Bildungschancen von Kindern entscheiden – und im Übrigen auch nicht die Frage, in welchem Bundesland ein Kind lebt. Dieser leicht dahin gesagte Satz, soll gelebte Realität in Deutschland werden: von Bildung, Erziehung und Betreuung in Kindergarten und Hort bis Ausbildung und Studium. Bildung und Erziehung meint immer auch Charakter- und Herzensbildung. Sie wird vor allem vorgelebt und erlebt durch die Eltern, aber auch in Bildungs- und Betreuungseinrichtungen. Sie vermittelt jungen Menschen Werte und Tugenden wie Anstand und Ausdauer, Zuversicht und Selbstbewusstsein, Ehrlichkeit und Ehrgeiz, führt sie erfolgreich ins Leben und stärkt auf diese Weise den Zusammenhalt in unserem Land.

Es sollen sich urteilsfähige und vernunftbegabte Persönlichkeiten entwickeln können, die Freiheit und Zusammenhalt als unsere Wertgrundlage verstehen. Die Belohnung ist das Lachen unserer Kinder und ihre

Freude über den eigenen Erfolg, weil es nach seinen Fähig- und Fertigkeiten am besten gefördert wird.

Wir sind davon überzeugt, dass wir nicht das gleiche Schulsystem für alle brauchen, sondern für jedes Kind das richtige. Wichtig für den Erfolg unserer Kinder sind die richtigen Inhalte, sehr gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer, ordentliche Klassenzimmer und eine technische Ausstattung, die digitale Bildung ermöglicht und ihrem Namen auch wirklich gerecht wird. Damit das überall Realität werden kann, brauchen wir von der Kommune, über die Länder bis zum Bund mehr Investitionen in Bildung. Das ist eine entscheidende Frage der sozialen Gerechtigkeit in unserem Land.

Gerade junge Menschen in unserem Land haben das Glück, zwischen vielen Wegen in einen Beruf oder gar eine Berufung wählen zu können. Exzellenz durch Praxis ist ein Markenzeichen von Made in Germany. Wir wollen die berufliche Bildung weiter stärken, denn akademische und berufliche Bildung sind gleichberechtigte und gleichwertige Bildungswege. Auf die herausragende Qualität der Arbeit eines Meisters setzen heute wieder mehr und mehr Menschen. Deutschland braucht die Azubis und die Studenten, den Elektromaschinenbauer und die Chirurgin.

Spitzenforschung braucht Spitzenforscher aus aller Welt

Unser akademischer Nachwuchs soll Exzellenz und Bedingungen in Deutschland finden, damit er hier seine wissenschaftliche Zukunft sieht. Vor allem dieser Arbeitsmarkt ist schon länger kein regionaler oder nationaler mehr. Die Spitzenleute kommen heute von überall her. Wir wollen, dass die KI-Spezialistin aus dem Silicon Valley und der rumänische Tiefbauingenieur unser Land so attraktiv finden, dass sie bei uns forschen und mit ihren Familien leben wollen.

Der Mensch lernt nie aus

Ganz gleich wie wenige oder viele Lebensjahre jemand zählt, Bildung befähigt zu einem selbstbestimmten Leben und dazu, uns immer wieder neuen Anforderungen zu stellen. Bildung ist der Schlüssel, um verantwortungsvoll neue Technologie zu nutzen. Lebensbegleitendes Lernen und Weiterbildung sind daher wichtiger als je zuvor.

Wir als Forschungsnation: Benz und Bosch, Kant und Hegel

Deutschland ist eine der stärksten Forschungsnationen der Welt. Das sind wir, weil wir hier alles haben, was dafür notwendig ist. Eine exzellente Forschungsumgebung mit gut finanzierten Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Kluge Köpfe, die an Universitäten und Fachhochschulen Ideen entwickeln und forschen. Hervorragend ausgebildete Fachkräfte, die die Technologien von morgen schon heute in den Unternehmen einsetzen und verbessern. Bei diesem Transfer von der Forschung in die Wirtschaft wollen wir noch besser werden. Wir wollen, dass erfolgreiche Innovationen möglichst schnell auf den Markt kommen und von möglichst vielen genutzt werden können. Und wir brauchen eine Gesellschaft, die mutig und zuversichtlich ist, Neues zu wagen. Weil wir wissen, was wir dem Fortschritt verdanken. Eine immer höhere Lebenserwartung bei immer mehr Lebensqualität steht für viele Verbesserungen unseres täglichen Arbeitens und Lebens. Ein Land, das sich auf der Welt nicht nur mit Benz und Daimler, Siemens und Bosch, sondern auch mit Kant und Hegel einen Namen gemacht hat, braucht starke Geistes- und Sozialwissenschaften. Sie hinterfragen gesellschaftliche Entwicklungen und helfen uns dabei, uns in der Welt zu orientieren.

Künstliche Intelligenz zum Wohle aller vorantreiben

Maschinen, das waren bislang nur unsere verlängerten Arme und Beine. Künstliche Intelligenz ist eine dieser großen Innovationen, die durch Fortschritte in der Digitalisierung möglich wurden. Sie kann Sprache und Gesichter erkennen, sie unterstützt bei der medizinischen Diagnostik von Krebs und Alzheimer und wird vielleicht schon bald unsere Autos steuern. Wir brauchen Künstliche Intelligenz dort, wo sie unser Leben sicherer und besser macht.

Technologie muss uns dienen, nicht wir der Technologie

Andere, oftmals autoritäre Systeme investieren in großem Umfang in diese Technologie. Wenn wir wollen, dass Künstliche Intelligenz nach unseren demokratischen Werten tickt, dann brauchen wir klare Regeln und Transparenz. Denn wir haben die bittere Erfahrung gemacht, dass Technologie sowohl für nützliche als auch für zerstörerische Zwecke angewandt werden kann. Deshalb fragen wir nicht nur danach, was möglich ist, sondern auch, was möglich sein sollte. In Laboren überall

auf der Welt wird an Technologien der Zukunft geforscht. Wir werden immer wieder vor neue ethische Herausforderungen gestellt. Ob Erkenntnisse und Technologien bei uns zum Einsatz kommen, entscheidet sich für uns daran, ob sie im Einklang mit unserem christlichen Menschenbild stehen. Daraus leiten sich Grundrechte ab, wie das Recht auf Leben, Gesundheit und körperliche Unversehrtheit. Wir wollen Technologien nutzen für ein besseres Leben. Ein Leben, in dem die unantastbare Würde des Menschen gewahrt bleibt. Ein Leben, in dem die individuellen Freiheitsrechte gewahrt bleiben.

Es geht um die Menschenwürde

Wir erleben große Fortschritte in der Gentechnik. Kaum ein Werkzeug hat Biologen und Mediziner so begeistert wie eine Gen-Schere, die Gene einfügen, ausschneiden oder ausschalten kann. Es wäre ein Segen, wenn es dadurch irgendwann gelingt, Erbkrankheiten zu heilen. Wenn aber das Erbgut von Menschen verändert würde, um Merkmale zu verstärken, die wir wünschenswert finden, verletzten wir das Selbstbestimmungsrecht kommender Generationen. Wir fördern die biomedizinische Forschung in allen Bereichen, die dem Menschen dient. Wenn jedoch die Menschenwürde in Gefahr gerät, treten wir für eindeutige Reglementierungen ein.

Wir werden in Zukunft noch mehr Diskussionen um den Anfang des Lebens, das was Leben ausmacht und über das Ende des Lebens führen, soviel wissen wir. Entscheidungen über die grundgesetzlich geschützten Werte wie das Recht auf Leben, auf körperliche Unversehrtheit und auf Selbstbestimmung werden sich Christdemokraten nie leicht machen. Wir benötigen auch die Beiträge von Wissenschaft und Gesellschaft. Wir müssen verantwortungsvoll abwägen zwischen ethischen, medizinischen und rechtlichen Aspekten.

Die Welt wartet auch in den kommenden zehn Jahren darauf, dass wir in ihr das Neue entdecken – sonderbare Dinge, Bedeutsames, Lebensrettendes. Sie ruft uns wie einst jeden Tag zu: Seid neugierig. Seid Abenteurer. Wir Christdemokratinnen und Christdemokraten hören zugleich noch eine Ansage: Fortschritt braucht Vernunft.

VI. Die Welt, in der *Wir* leben

Lange dachten wir, die Menschheit bewege sich unaufhaltsam in eine Richtung – hin zu freien, gefestigten Demokratien, zu einem friedlichen Miteinander. Heute kann jeder sehen, dass der Verlauf der Geschichte offen ist. Wir erleben Krisen, Konflikte und Terrorismus. Internationale Ordnungen und Regeln, das Völkerrecht, die universelle Gültigkeit von Menschenrechten und die Freiheit sind in Gefahr. Wir sehen aufstrebende Machtzentren, die versuchen, ihre Einflussbereiche auszuweiten. Wir sehen autoritäre Systeme, die rücksichtslos die eigene Macht ausbauen. Und deswegen müssen wir unser Schicksal stärker in die eigenen Hände nehmen.

Wettstreit mit anderen Systemen

Wenn wir hören, der Westen stehe unter Druck, dann ist damit gemeint: *Wir* stehen unter Druck, denn unsere Art zu leben wird angegriffen. Unser Respekt vor der Würde des Menschen und unser unstillbarer Durst nach Freiheit stehen auf dem Spiel. Autoritäre Systeme wollen, dass wir in Zukunft nach ihren Vorstellungen leben. Das wollen wir nicht. Wir wählen die Freiheit.

Die Demokratie ist die beste Regierungsform, die wir kennen. Und wir erleben das. Die Menschen haben Rechte als Arbeitnehmer und als Unternehmer. Sie haben Rechte, wenn sie einer Minderheit angehören, anderer Meinung sind, eine andere Hautfarbe haben und an etwas anderes glauben als die Mehrheit.

Autoritäre Systeme erscheinen auch deshalb als schneller und effizienter, weil sie grundsätzlich anders sind: Sie ignorieren die Grundrechte von Menschen, sei es der Schutz der körperlichen Unversehrtheit oder des Eigentums. Und oft genug herrschen dort die Extreme: extreme Armut und extremer Reichtum, extreme Gewalt, politische und wirtschaftliche Extreme.

Unsere Demokratie liegt uns am Herzen – und wir Christdemokraten haben in den vergangenen 75 Jahren dieses demokratische Deutsch-

land miterschaffen. Zugleich fühlen wir Deutsche uns mit der Welt verbunden. Wir wünschen ihr Frieden und ihren Menschen ein würdevolles Leben, wir nehmen Anteil am Leid, das es gibt, und engagieren uns seit Jahrzehnten. Vereine, private Initiativen, politische Stiftungen, Sprach- und Kulturinstitute oder die immense Spendenbereitschaft zeigen dies.

Und genauso engagieren wir uns aus dieser Überzeugung in den Vereinten Nationen und ihren Organisationen. Sie haben unsere Welt – ihre Industrieländer, ihre Schwellenländer und ihre Entwicklungsländer – zur Gemeinschaft gemacht. Ihre Gründungsidee war und ist richtig: Es gibt Probleme, deren Lösung zu groß für jeden einzelnen von uns sind. Diese globale Partnerschaft brauchen wir auch heute, und das mehr denn je. Zugleich sehen wir, dass der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen Woche für Woche durch Vetos blockiert wird. Insgesamt erleben wir in vielen Institutionen der Vereinten Nationen Blockadebestrebungen. Deshalb werden wir uns für Reformen einsetzen, damit Entscheidungen getroffen werden können, die der Welt mehr Frieden, Menschenrechte, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit geben.

Wir setzen uns für Demokratie ein

Deshalb setzen wir uns weltweit für demokratische Werte, für Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Religionsfreiheit und Toleranz ein. Wir setzen uns für verfolgte Christen und die Abschaffung der Todesstrafe ein. Wir tun das auch aus eigenem Interesse: Wir wollen frei und sicher leben. So wie jede Generation vor uns müssen wir uns wieder neu Frieden, Freiheit und Wohlstand erarbeiten.

Dabei handeln wir nicht allein. Es ist ein großes Glück für unser Land, das wir nach dem Schrecken zweier Weltkriege, in denen Deutsche unermessliches Leid über andere brachten, auf der Welt viele Partner, Freunde und Verbündete haben.

Europa ist die Zukunft

Wir sind aus tiefstem Herzen Europäer und von der Europäischen Union (EU) überzeugt. Deutsche Interessen und europäische Interessen sind kein Gegensatz. Im Gegenteil: Sie bedingen einander. Unsere eigene Geschichte zeigt: Die Deutsche Einheit war nur gemeinsam mit

der europäischen Einigung erreichbar. Die Europäische Union ist die Chance für ihre Bürger und Staaten, gemeinsam eine Stimme in der Welt zu haben, die gehört wird. Sie ist die beste Chance, in Frieden und Freiheit, in Demokratie und Wohlstand in einem über Jahrhunderte durch Kriege bestimmten Kontinent zu leben. Aber wir müssen die EU besser machen. Stärker als je zuvor seit ihrer Gründung steht sie auf der Probe.

Eine Mehrheit der Menschen im Vereinigten Königreich war davon überzeugt, dass ihr Land allein besser dasteht. Wir werden natürlich mit unseren britischen Freunden eng zusammenarbeiten. Sie können aber nicht die gleichen Rechte haben wie ein EU-Mitglied.

Wir sehen die Mängel an der Rechtsstaatlichkeit in einigen Mitgliedstaaten und die Fliehkräfte, wenn es darum geht, gemeinsame Antworten auf Menschheitsaufgaben wie den Klimawandel oder die weltweite Migration zu finden. Auch in den Euro-Staaten ist die Richtung hart umkämpft, die die gemeinsame Wirtschafts- und Währungsunion einschlagen soll.

Unsere Antwort ist nicht Verzagen, Rückzug oder Herausdrängen anderer aus der EU, sondern ein Mehr an Aufeinanderzugehen. Es gibt nicht die eine Führungsmacht in Europa. Wir wollen sie auch nicht. Aber wir wissen, dass sich viele Partner an unseren Vorschlägen orientieren wollen. Diese Bereitschaft wächst, je mehr wir bereit sind, auch auf andere zuzugehen – ganz gleich ob es sich um ein vermeintlich großes oder kleines Land handelt.

Wir müssen bereit sein, mehr zu tun

Wir wollen im eigenen Interesse mehr für Europa tun. Wir müssen mehr leisten als andere, solidarisch sein und Europa zusammenführen. Deutschland und Frankreich kommt dabei gemeinsam mit Polen im Weimarer Dreieck eine besondere Bedeutung zu. Nur gemeinsam können wir die Wirtschaftskraft der EU stärken und Vorreiter beim Klimaschutz werden. Nur so können wir eine europäische Migrationspolitik erreichen, die sich durch Menschlichkeit und Ordnung auszeichnet. Und nur so können wir dafür sorgen, dass der Euro weiterhin zu den

Leitwährungen der Welt gehört. Dies gelingt nur, wenn wir dafür sorgen, dass die Wirtschafts- und Währungsunion durch mehr Stabilität und Solidarität erhalten bleibt. Zu gegenseitiger Solidarität gehört aber auch, dass sich jedes Mitgliedsland an Vereinbarungen und Zusagen halten muss. Wir werden auch den EU-Binnenmarkt weiter stärken.

Europa besser machen

Das Aushandeln von Kompromissen, die alle in der EU mittragen können, dauert – manchmal auch zu lange. Deshalb muss für immer mehr Bereiche wie in den Nationalstaaten auch in der Regel eine qualifizierte Mehrheit reichen. Und wir sehen genauso: Überall in der EU haben Menschen das Gefühl, in Brüssel würde über ihre Köpfe hinweg entschieden. Deshalb ist für uns klar: Damit das Europäische Parlament als starke Stimme der Bürgerinnen und Bürger verstanden wird, braucht es noch mehr Einfluss. Als Herzkammer der europäischen Demokratie muss es selbst Gesetze auf den Weg bringen können. Wir werden noch stärker als bisher darauf achten, dass die EU keine Aufgaben übernimmt, die die Mitgliedstaaten mit ihren Regionen und Kommunen genauso gut oder besser regeln können. Genauso muss es möglich sein, Kompetenzen an die Nationalstaaten zurückzugeben.

Von der Armee der Europäer zur europäischen Armee

Zusammen sind wir stärker als jeder allein – das gilt gerade auch, wenn es darum geht, die Sicherheit der EU-Mitglieder und unserer Verbündeten zu verteidigen. Eine gemeinsame Außenpolitik, ein Europäischer Sicherheitsrat, eine gemeinsame Rüstungsexportpolitik sowie eine Europäische Verteidigungsunion mit einer Armee der Europäer, die wir langfristig zu einer europäischen Armee ausbauen wollen, sind wichtige Schritte auf diesem Weg. Wir werden weiter dafür eintreten, dass unsere Soldatinnen und Soldaten gut ausgebildet und ausgestattet hierbei einen wichtigen Beitrag leisten können.

Wir sind auch dann stärker, wenn wir frei auf dem Weltmarkt handeln und Handelsabkommen abschließen, die auf fairer Partnerschaft beruhen. Wer gegen sie zu Felde zieht, verhindert, dass Deutschland und die Europäische Union mehr Einfluss in der Welt bekommen und ein

Mehr an friedlicher Zusammenarbeit in der Welt entsteht. Wir wollen durch unsere Abkommen eine Welt schaffen, in der durch völkerrechtliche Verträge die Macht des Rechts gilt und nicht die Macht des Größeren, Stärkeren oder Rücksichtsloseren.

Wir werden europäischer

Die Europäische Unionbraucht beides: engere Beziehungen zwischen ihren 27 Ländern und die Offenheit für neue Mitglieder. Denn wer sich für die Regeln und Werte der EU entscheidet, der entscheidet sich damit gegen den Einfluss von Staaten, die diese demokratischen Werte nicht teilen. Wir stehen zu unserer Verpflichtung, die sechs Länder des westlichen Balkans weiter zu stabilisieren und schrittweise bis zur EU-Vollmitgliedschaft heranzuführen, weil dies auch in unserem Interesse ist. Wir setzen uns für eine enge Anbindung der Türkei an die EU ein. Wir erwarten aber, dass sie vollständig zu Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Menschenrechte zurückfindet.

Wir bleiben transatlantisch

Außerhalb Europas bleiben die USA unser wichtigster Partner und Freund. Die Verbindungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland sind vielfältiger und gehen tiefer als die zwischen der amerikanischen und der deutschen Bundesregierung. Uns verbindet viel mehr, als uns oft bewusst ist; was uns verbindet, ist nicht nur historisch gewachsen, wir teilen auch gemeinsame Werte und Interessen. Neu dabei ist: Wir können es uns nicht leisten, uns allein auf die vertraute Schutzmacht die USA zu verlassen und am Spielfeldrand zu stehen.

Die NATO – gegründet von den westlichen Demokratien Europas und Nordamerikas – sichert als das verlässliche, erfolgreiche, politische und militärische Verteidigungsbündnis seit mehr als sieben Jahrzehnten Frieden und Freiheit seiner Mitglieder. Sie ist und bleibt Garantin unserer Sicherheit. Wir werden sie wieder zu einem Dialogforum machen, einem Ort, am dem wir gemeinsam an Lösungen arbeiten. Kräften, die die NATO von innen heraus ihrer Handlungsfähigkeit berau-

ben wollen, treten wir entgegen. Wir wollen als transatlantische Partner weltweit mit anderen Nationen enger kooperieren, um die Demokratie zu stärken und zu verteidigen.

Das Existenzrecht Israels ist nicht verhandelbar

Mit Israel verbindet uns eine Freundschaft, die wir als Geschenk betrachten. Aus unserer historischen Verantwortung heraus sind wir in besonderer Weise Israels Sicherheit verpflichtet. Das Existenzrecht und die Sicherheit Israels ist für uns nicht verhandelbar und Teil der deutschen Staatsräson. Wer das ablehnt und die Sicherheit Israels gefährdet, kann auf Dauer nicht unser Partner sein.

Enge Zusammenarbeit mit Russland

Wir stehen für eine enge Zusammenarbeit mit Russland. Wir arbeiten dafür, dass Russland das Völkerrecht einhält und permanente Destabilisierungsversuche einstellt. Unser Ziel sind partnerschaftliche wirtschaftliche, politische und kulturelle Beziehungen zu diesem wichtigen Land in Europa. China kann für uns ein Partner bei globalen Herausforderungen sein. Im internationalen Handel ist China Wettbewerber. Und wir wissen: China will ein anderes System. Unsere Hoffnung war falsch, wirtschaftlicher Wohlstand führe auch dort automatisch zu Demokratisierung. Wir erkennen an China auch: Wirtschaft und Politik gehören zusammen, Innenpolitik ist zugleich Außenpolitik. China verbindet Wirtschaft- und Handelsinteressen mit der Außen- und Sicherheitspolitik. Deshalb werden wir auf einen fairen Wettbewerb zu gleichen Bedingungen achten. Und wir werden darauf achten, dass wir unsere Schlüsseltechnologien und Daten in der eigenen Hand behalten.

Intensive Beziehungen zu China

Unsere Partner Australien, Japan und Südkorea, aber auch Indien fühlen sich von Chinas Machtanspruch mehr und mehr herausgefordert. Nicht nur sie erwarten, dass Europa in der Außenpolitik mit einer Stimme spricht. Nur das bietet für Europa die Chance, im Systemwettbewerb zu bestehen. Dabei ist unsere Haltung: Wir bleiben transatlantisch und werden europäischer.

Wo der Wettstreit auch entschieden wird

Der Wettstreit zwischen demokratischen und autoritären Systemen wird auch in Staaten entschieden, die wir noch zu selten oder über-

haupt nicht im Blick haben. Gerade solche Länder, die sich noch stärker entwickeln und nach Wohlstand streben, sind beeindruckt von autoritären Systemen. Diese helfen – mit Geld und mit Einfluss. Doch dabei geht es ihnen vor allem um sich selbst, um den Zugang zu Rohstoffen und Machtgewinne.

Alle Länder haben ein Recht auf Entwicklung

Wir sind der Überzeugung, dass alle Länder die Chance haben sollen, sich gut zu entwickeln. Dies ist ihr elementares Recht. Es wird ihnen nicht gewährt, sondern steht ihnen zu. Die Globalisierung ist weder Segen noch Unheil, sondern ein Wachstumsmotor, der schon vielen Ländern zum Aufstieg verholfen hat. Heute leben eine Milliarde Menschen weniger in extremer Armut als noch vor einigen Jahrzehnten**.** Dennoch fliehen weltweit so viele Menschen wie nie zuvor vor Krieg und Verfolgung, vor Konflikten, Klima- und Umweltzerstörungen, vor Elend und Krankheiten. Wir verstehen diese geostrategischen Herausforderungen als globale ökologische und soziale Frage. Sie leitet uns in der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik. Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Chancen ist eine weltweite Aufgabe. Wir wollen, dass alle Menschen sauberes Trinkwasser haben, sie Arbeit haben, ihre Kinder zur Schule gehen können und dass sie ihre Konflikte mit Worten statt mit Waffen lösen. Auf diesem Boden gedeihen Chancen, Wohlstand und die Demokratien von morgen. Das ist ein entscheidender Schlüssel, um weltweite Fluchtbewegungen gar nicht erst entstehen zu lassen.

Marshallplan mit Afrika

Dabei brauchen wir einen Blick für die Besonderheiten, die Vielfalt. Ein Flug von Kairo nach Kapstadt dauert mehr als doppelt so lange wie nach Frankfurt. Afrika aber betrachten wir immer noch gerne als eins, als ein großes Ganzes, was weder den 54 Ländern gerecht wird noch seinen Menschen. Der von Deutschland ins Leben gerufene Marshallplan mit Afrika zeigt, worauf es ankommt: Afrika braucht afrikanische Lösungen.

Unsere Verantwortung im Ausland

Es liegt in unserem Interesse und unserer Verantwortung, uns auch jenseits der deutschen und europäischen Grenzen zu engagieren. Wenn in anderen Ländern Terroristen ausgebildet werden, dann geht uns das etwas an. Wenn Bürgerkriege Menschen dazu veranlassen, ihre zerstörte Heimat zu verlassen, um ihr Leben und das ihrer Familie zu beschützen, dann geht uns das etwas an. Das christliche Menschenbild gebietet uns, Menschen in Not zu helfen.

Deutschlands Außen- und Sicherheitspolitik setzt dabei seit langem auf internationale Zusammenarbeit, auf diplomatische Initiativen, auf Entwicklungszusammenarbeit und Handel. Je weniger gemeinsame Lösungen wir den besonders betroffenen Ländern geben können, desto mehr Menschen verlassen ihre Heimat und suchen woanders nach einem besseren Leben. Wir werden in Deutschland und Europa auch zukünftig Asylberechtigten Schutz bieten. Ein verantwortlicher Umgang mit allen anderen Formen der Migration nach Deutschland macht es gleichzeitig notwendig, die Aufnahme- und Integrationsfähigkeit der gesamten Gesellschaft zu berücksichtigen.

Unsere Bundeswehr soll mehr Verantwortung übernehmen

Betroffenheit kann bei Krisen und Konflikten nicht die letzte Antwort deutscher Außen- und Sicherheitspolitik sein. Wenn alle anderen Mittel und alle Verhandlungen an ihre Grenzen stoßen, müssen wir auch bereit sein, mit unseren Partnern und unter Wahrung völkerrechtlicher und verfassungsrechtlicher Vorgaben militärische Mittel anzuwenden. Heute fürchten unsere Freunde und Partner nicht mehr deutschen Einfluss, sondern deutsche Zurückhaltung. Die Bundeswehr muss daher in Zukunft mehr Verantwortung übernehmen. Damit sie ihre neuen Aufgaben erfüllen kann, muss sie auch finanziell besser ausgestattet werden.

Aus der Geschichte unseres Landes begründet sich, dass ein Einsatz der Bundeswehr im Inneren nur in ganz besonderen Ausnahmesituationen möglich ist. Wir wollen, dass im Falle derartiger besonderer Notlagen mehr Unterstützung durch die Bundeswehr geleistet werden

kann. Damit Diplomatie, Handel, Innere Sicherheit, Entwicklungszusammenarbeit und Militär besser koordiniert werden, wollen wir einen Nationalen Sicherheitsrat schaffen.

Wir glauben an eine demokratischere Welt

Wir nehmen unsere Verbundenheit mit der Welt ernst und wissen: Mit unseren Freunden, Partnern und Verbündeten haben wir noch viel zu tun. Die Welt wird nie perfekt sein, aber sie kann sicherer und friedlicher, demokratischer, gerechter und freier werden, als sie heute ist. Aber sie wird es nicht, wenn wir sie den anderen überlassen; wenn wir darauf hoffen, dass andere für unsere Überzeugungen einstehen; wenn wir auf die hören, die sich vor jeglicher Verantwortung drücken wollen. Wir stellen uns dieser Verantwortung. Wir nehmen den Wettstreit an, und wir werden ihn gewinnen, wenn wir mit Überzeugung auf unsere Werte vertrauen und sie vorleben.

VII. Die Partei, die *Wir* sein werden

1978, 1994, 2007, 2020

Unser neues Grundsatzprogramm: Es klingt anders. Es sieht anders aus. Es fühlt sich anders an. Und doch haben wir das Wertvollste aufgeschrieben, das wir als Christdemokraten besitzen und unserem Land geben können: unsere Grundsätze. So war es 1978, 1994 und 2007, so ist jetzt am Anfang der zwanziger Jahre.

Uns Christdemokraten liegt Deutschland am Herzen. Wir wollen seine Menschen nicht verändern. Es sind die Menschen, jeder mit seiner Persönlichkeit, die unser Land ausmachen. Wenn wir in Zukunft unser Land voranbringen wollen, müssen wir Veränderungen wahrnehmen, mit unseren Grundsätzen jeden Tag aufs Neue zusammenbringen und mit bleibenden Werten immer wieder neue Antworten geben. Das macht moderne Volkspartei CDU aus.

Volkspartei der Mitte

Vieles haben wir gemeinsam: einzigartig und weltoffen, vielfältig und individuell. Unsere Heimat ist Jogginghose und Abendgarderobe, Streichkonzert und Stammtisch, Seniorenheim, Elterninitiative und Jugendclub. Genau das meint moderne Volkspartei CDU. Unser Markenzeichen als Volkspartei war und ist das Zusammenführen, nicht das Entweder-oder. Wir sind nicht immer einer Meinung, und das ist gut, denn die besten Lösungen entstehen aus dem Ringen um die richtigen Antworten. In diesem Sinne sind wir als Volkspartei mehr Volk als Partei. Wir machen Politik aufbauend auf dem Fundament unserer Grundsätze für alle Menschen, weil wir überzeugt sind: So dienen wir unserem Land am besten. Demokratie braucht den Ausgleich, und gerade jetzt am Anfang der zwanziger Jahre müssen wir uns darauf mehr besinnen. Wenn es drauf ankommt, verstehen wir uns und halten zusammen. Deshalb ist unser Land erfolgreich. Deshalb ist die Christdemokratische Union Deutschlands erfolgreich.

Wir wollen, dass alle, die Lust auf eine wertebasierte, unideologische und gestaltungsfreudige Politik haben, bei uns finden, was sie suchen. Eine Mitgliederpartei lebt davon, dass sich Menschen binden und poli-

tisch engagieren. Sie machen Wahlkampf, schreiben Anträge, übernehmen Ämter und Mandate. Sie treffen die großen Entscheidungen. So wird es auch in zehn Jahren sein. Aber eine erfolgreiche und attraktive Union erkennt zugleich: Andere wollen mit uns ein Bündnis auf Zeit eingehen, um schnell etwas zu bewegen. Auch sie suchen eine politische Heimat – und die bieten wir ihnen.

Eine moderne Volkspartei muss neugierig auf die Menschen bleiben

Wenn wir von moderner Volkspartei CDU sprechen, meinen wir auch: Wir sind neugierig auf Menschen, die noch nicht zu uns gefunden haben, und wissen, dass wir uns für sie stärker öffnen müssen. Denn 2030 werden wir uns nicht mehr die Köpfe darüber zerbrechen können, wie unsere Volkspartei weiblicher, jünger und vielfältiger wird. Sie muss es geworden sein.

Wir sind keine Partei, die sich damit zufriedengibt, so zu bleiben, wie sie gerade ist. Am Ende der zwanziger Jahre wird die CDU anders sein als heute. Denn so war es schon immer. Diese Erfahrung tragen wir in uns, sie ist bei uns aufgehoben. Deshalb verstehen wir die Gegenwart und besitzen daraus die Kraft, die Zukunft zu gestalten.

Lasst uns weiter für Erfolgsgeschichten sorgen!

Zukunft wird anders, als sie war. Aber wir sind ihr nicht einfach ausgeliefert. Wir halten sie in unseren Händen und können sie prägen und gestalten. Wir erschaffen etwas, von dem wir noch erzählen, wenn aus Zukunft schon lange Vergangenheit geworden ist: Wir sorgen für Erfolgsgeschichten, die uns daran erinnern, dass sich Krisen und Herausforderungen selten ankündigen und wir sie trotzdem meistern. Es geht – gestern wie heute und morgen – um das Grundsätzliche, um unsere Werte, die wir bewahren, und um unsere Überzeugungen, für die wir einstehen. Vor uns liegen Herausforderungen, von denen wir manche erahnen, aber vieles auch noch nicht wissen. Was uns alle in unserem Land erwartet, ob Christdemokraten oder nicht, ist das Unerwartete. Doch es gilt, was Konrad Adenauer gesagt hat: „Man muss den Weg gehen, den man als richtig erkennt, gleichgültig wie schwer es auch ist."

Der richtige Weg für Deutschland

Wir haben den Weg vor Augen, und wir sagen in unserem Grundsatzprogramm, warum dieser Weg für unser Land der richtige ist. Davon möchten wir möglichst viele Menschen überzeugen – unabhängig von Herkunft, Religion und sozialem Hintergrund. Es muss ein Weg sein, der dazu führt, dass unser Land in Frieden und Freiheit wirtschaftlich stark und wettbewerbsfähig ist, sicher und menschlich, innovativ und nachhaltig.

Diese Ziele erreichen wir mit der Bereitschaft, einem guten Argument nachzugeben. Kompromisse sind das Springen über den eigenen Schatten, um auf den anderen zuzugehen. Moderne Volkspartei CDU kann nicht der laute Jubel sein, der Gegenstimmen übertönt, nicht der Beifallssturm, der über Bedenken hinwegfegt, nicht der triumphierende Gesang. Wir sehen nicht nur die eine Hand, die uns auf die Schulter klopft, sondern auch die andere, die als Faust in der Hosentasche steckt.

Wir haben Lust auf Zukunft

So wurde aus der Idee ein neues Grundsatzprogramm. Wir wollten immer alle zehn Finger sehen, jedes Argument hören. Klar ist, dass die neuen Sätze genauso mühsam erkämpft wurden wie die alten. Und es steckt in ihnen, was uns alles bedeutet. Unsere christdemokratischen Grundsätze haben sich wieder und wieder bewehrt, sie haben sich durch alle Zeiten als alltagstauglich, beständig und zukunftsfest erwiesen. Sie sind es, die uns verbinden. Sie verbinden uns mit unserem Land und mit uns selbst, mit jeder Christdemokratin und jedem Christdemokraten in diesem Land. Mit ihnen gehen wir selbstbewusst in die Zukunft.

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

www.eak-cducsu.de

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU
Bundesgeschäftsstelle
Klingelhöferstr. 8
10785 Berlin

Telefon: 030/22070-432
Telefax: 030/22070-436
E-Mail: eak@cdu.de